92 Millionen Kriegskredite für Marokko

Paris, den 4. Juni. Im Ministerrat sprach Painlevé über die Lage in Marokko. Er teilte mit, daß gegenwärtig keine größeren militärischen Operationen im Gange seien. Demgegenüber steht fest, daß die marokkanische Heeresleitung 16,000 Mann an die Front geschickt hat. Bevor die Operationen beginnen sollen, wird ein Ultimatum an Abd el Krim gesandt. Bei Alhucemas sind ernste Kämpfe im Gange. Ein Transportschiff mit einem Bataillon Infanterie an Bord hat Cadix verlassen. Sechs Bombenflugzeuge, die Spanien bei Italien bestellt habe, seien in Barcelona angekommen.

Die französische Regierung hat in der Kammer ein Kreditbegehren für Marokko eingebracht. Dasselbe sieht für den Juni eine Summe von 41 700 000 Franken vor und für die beiden nächsten Monate ungefähr den gleichen Betrag, so daß für das Vierteljahr vom 1. Juni bis 31. August die Marokko-Expedition rund 92 Millionen Franken gekostet haben wird.

Das aus Kommunisten und roten Gewerkschaften gebildete Aktionskomitee gegen den Marokkofeldzug organisiert im ganzen Lande eine großzügige Versammlungskampagne.

Zum abgewürgten Verkehrsstreik

II.

Was hat die KAP. und die AAU. zu dem abgewürgten Verkehrsarbeiterstreik zu sagen?

Dieser Streik ist wie jeder andere der vielen, die augenblicklich ausbrechen, aus der wirtschaftlichen Notlage, aus der systematischen Ausbeutung, die der Kapitalismus zum Zweck seiner Selbsterhaltung dem Proletariat auferlegt hat, entstanden. Es ist die zwangsläufige Erscheinung des Klassenkampfes, den das Kapital in seiner Gesamtheit zur Selbsterhaltung in dem Krisendilemma gegen das Proletariat führt. Es ist die geschlossene Ausbeutungsfront gegen die Lohnsklaven, die auf die Absatzschwierigkeiten der Waren auf dem Weltmarkt und dem damit verbundenen Zwangsgesetz der Herabdrückung der Warenpreise zurückzuführen ist. Das Kapital ermöglicht diese Herabsetzung der Warenpreise nicht durch die Verringerung der eigenen Profitrate, sondern durch die doppelte Ausbeutungsmethode gegenüber den Proletariern. Erstens indem man den Versuch macht, die Arbeitsleistung jedes Einzelnen durch bestimmte Taylorsysteme zu steigern, — zweitens, indem man versucht, den Lohn so niedrig wie irgend möglich zu halten. Die Lebenskosten der Proletarier werden durch diese Ausbeutung im Verhältnis zur inneren Wirtschaft, zu den Warenpreisen erhöht und die Lebenslage der Proletarier ständig verschlechtert.

Jeder wird verstehen, daß den ausgebeuteten Proletariern diese Tatsache je nach den Grad der besonderen Ausbeutung zum Bewußtsein kommt, und daß sie den Gedanken aufbringen, sich hiergegen zu wehren. Was den Proletariern hierbei bewußt wird, ist wenger die innere Konstellation, der zwangsläufige Wirtschaftsprozeß des kapitalistischen Systems, **das diese Ausbeutung bedingt**, die nur mit **der Beseitigung** dieses Systems beendet ist, als vielmehr die Negation, das Verhältnis, das in den Lohn- und Arbeitsbedingungen zur gesamten Wirtschaftslage liegt. Das Hauptaugenmerk der Proletarier richtet sich darum — in jahrzehntelanger Gewerkschaftsbewegung in dieser Beziehung geschult und **von den Grundfragen der sozialen Revolution abgelenkt** — in erster Linie auf diese Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

So sehr diese Fragen der Ausdruck der kapitalistischen Ausbeutung sind, werden sie in diesem Falle der Behandlung beim Proletariat zu den Triebkräften von Illusionen. Zu Illusionen darum, weil durch die besondere Behandlung dieser Fragen als das A und O der Arbeiterklasse in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, das Proletariat von seinen eigentlichen Aufgaben, dem Sturz des bestehenden Gesellschaftssystems der Privateigentumsbedingungen, von der Gesellschaftlichen Revolution mit dem Ziel des Kommunismus, abgelenkt wird.

Wenn uns in den Zeiten der Hochfluten der Revolution, im Augenblick wo die Gesellschaftswidersprüche unbedingt durch die Zuspitzung der Klassengegensätze Auseinandersetzungen zwischen den Klassen herbeiführen, alle Vorteile der revolutionären Erkenntnis gegeben sind, — in den Zeiten einer Stagnation wie die augenblickliche, ist es sehr schwer, bei den Massen des Proletariats etwas positives zu erzielen.

In der Taktik der Parteien in dieser Beziehung den Massen gegenüber — zur Erfassung der Massen — muß unbedingt eine den Verhältnissen entsprechende Aenderung eintreten. So sehr das Proletariat 1918 von seiner Revolution (wenn auch in einer verkehrten Richtung) begeistert war, so stark tritt heute nach dem Ergebnis dieser Revolution die alte konservative Gewerkschaftsbestellung wieder hervor. Heute ist es bedeutend schwieriger als 1918 die Ideologie der Massen auf die Aufgaben der Revolution der proletarischen Befreiung einzustellen, obwohl dies heute noch ebenso berechtigt und notwendig ist. Es müssen eben ganz andere, den heutigen Verhältnissen entsprechende Mittel angewandt werden, um das Proletariat zum Selbstbewußtsein, zur Erkenntnis der notwendigen Aufgaben zu erziehen. Ein schlechter Lehrmeister der, der alle Methoden zur Erziehung seiner Schüler über einen Kamm schert. Was natürlich verkehrt wäre — seine führende oder erzieherische Stellung mit den bestimmten Prinzipien aufzugeben, und sich von den Massen und ihren Ideologen treiben zu lassen. Die Partei wird heute mehr oder weniger zu einer spekulativen Einstellung gezwungen.

Die Kritik, unter der wir die Erkenntnis unserer Prinzipien in den augenblicklichen Verhältnissen erzielen wollen, muß mehr oder weniger mit der Praxis und der praktischen Erfahrung in Verbindung gebracht werden. Die beste Erkenntnis und die beste Erziehung ruht in der Selbstkritik der Praxis und Erfahrung des Proletariats selbst. Die Konsequenz des dialektischen Denkprozesses, die dem Proletariat durch die gewerkschaftliche Taktik genommen ist, die muß ihm wieder zu Eigen werden.

Um die Illusion, die im gewerkschaftlichen Reformismus liegt selbst zu erkennen und die Lehren zu ziehen, ist es notwendig, daß es über die Gewerkschaften hinweg seinen eigenen Weg geht. Solange sich die Bewegungen unter der Leitung sozialreformistischer Organisationen vollziehen, ist die Selbsterkenntnis und überhaupt jedes positive Ergebnis einer proletarischen Bewegung unterbunden. Die Konsequenz und die Triebkraft einer wirklichen Solidarität ist ausgeschaltet. Die Konsequenz ist nicht die Frage der Massen, sondern eine Angelegenheit der finanziellen Gewerkschaftsverhältnisse, und ebenso ist die Solidarität nicht die Bedingung der gegenseitigen Hilfe, die als kommunaler Grundsatz in der Ideologie und der Psychologie jedes Proletariers wurzelt, sondern eine Angelegenheit der Parteikasse, die nach irgendwelchen Verhältnissen berechnet wird.

Wie haben wir uns nun auf Grund dieser Erkenntnis zum Verkehrsarbeiterstreik zu stellen? Unter der prinzipiellen und organisatorischen Leitung der Gewerkschaften war das Ergebnis schon im voraus zu sehen. Es ist dasselbe zutage gefördert worden, was auch bei allen anderen Lohnbewegungen des zwangsläufigen Bedingungen des kapitalistischen Systems entspricht. Die Forderungen der Verkehrsarbeiter haben keine positive, keine konsequente Lösung gezeigt. Das Ergebnis war nur eine auf dem gewerkschaftlichen Verhandlungswege gesetzlich geschaffene neue Ausbeutungsbasis. Es konnte auf diesem Boden nicht darüber hinausgehen. Die Stellung der Gewerkschaften und der KPD. als gewerkschaftliche Organisation war offizieller Verrat und radikal gewerkschaftliche Phrase.

Unter dieser Leitung und der Phrase der KPD. sind alle bisherigen Lohnbewegungen mehr oder weniger verpufft.

Ein positives Ergebnis, und sei es nur eine objektive Erkenntnis der Wirklichkeit des kapitalistischen Ausbeutungskampfes, wäre erzielt worden, wenn die Verkehrsarbeiter den Kampf gegen die Ausbeutung selbst unter eigener Leitung aufgenommen hätten. Wenn sie den Kampf, das Ergebnis der Ausbeutung, gegen die Gewerkschaften, mit einer bestimmten Konsequenz geführt hätten. Nur, indem sie sich ihrer Sache bewußt waren, hätten sie diesem erbärmlichen Zusammenbruch ein Gepräge geben können. Mit einem Nichts ohne jede Lehren stehen sie heute wieder an ihrem alten Platz der Ausbeutung.

Die erste Bedingung hätte sein müssen, die Frage zur Bedingung des gesamten Proletariats zu machen, zum wirtschaftspolitischen Machtkampf. Die gesamten Verkehrsarbeiter mußten sich ihrer politischen Stellung bewußt sein und gegen die Verhandlungen der Gewerkschaften sofort eine eigene geschlossene Kampffront bilden, und sich nicht durch die Gewerkschaften systematisch auseinanderreißen lassen. Damit hätten sie die erste Grundlage der Betriebsorganisation, die des Klassenkampfes beschritten und die Frage zur Machtfrage gemacht. Deren Folge ist — die Frage der Konsequenz der Erweiterung der Kampffront über den Rahmen des Lohnstreiks der Verkehrsarbeiter hinaus.

Vor dieser Aufgabe einer selbstbewußten Handlung sind die Verkehrsarbeiter Berlins durch die gewerkschaftliche Taktik bewahrt geblieben. Wäre der Kampf in oben angeführtem Sinne aufgerollt worden, dann hätte seine Entwicklung gezeigt, daß es sich um die Macht des Kapitals oder des Proletariats handelt, um die Frage der Revolution. Die Verkehrsarbeiter ständen entweder heute im erweiterten Kampf um die Macht oder sie wären sich bei Abbruch des Streiks bewußt geworden, daß es sich nur um diesen Kampf handeln kann, für den die Grundlage der Solidarität, die Betriebsorganisation notwendig ist.

Nichts von dem ist geschehen. Ueber den Verkehrsstreik kann man nur aus dem Wenn und Aber die Lehren ziehen.

Das was man erfahren hat gilt es in Zukunft anzuwenden. Es handelt sich darum, dem Proletariat begreiflich zu machen, daß die Befreiung aus dieser Ausbeutung nicht die Angelegenheit der Gewerkschaften sondern die des Proletariats selbst ist.

Nur dadurch, daß die Arbeiterklasse auf Grund der Betriebsorganisationen und der Räte die Kämpfe selbst in die Hand nimmt und aktive Solidarität übt, wird sie sich ihrer Aufgaben und Ziele der Befreiung selbst bewußt.

Die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Interesse des Proletariats können im Kapitalismus nie verwirklicht werden. Ihre Regelung geschieht lediglich unter den Einwirkungen der inneren Wirtschaftszusammenhänge des Kapitalismus, den **Verhältnissen von Konjunktur und Krise.** Rosa Luxemburg beweist das in ihrem Buch „Soziale Reform oder Revolution". Die Gewerkschaften, die sich speziell mit diesen Fragen befassen und sie zu ihrem Prinzip erheben, sie in den Massen des Proletariats verankern, sie zu illusionären Prinzipien derselben machen, ganz abgesehen von den taktischen und praktischen Fragen, die sie zur Behandlung dieser Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufrollen, werden hierdurch zu reaktionären Organisationen. Diese Reaktion macht sich in der augenblicklichen Zeitepoche, in der die Notwendigkeit der sozialen Revolution durch den Zersetzungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft auf der Tagesordnung steht, mehr wie je zuvor bemerkbar. Die vielen Streiks, die durch die kapitalistische Ausbeutung aufgerollt werden, und die mehr oder weniger verpuffen, beweisen die grundverkehrte Charakter- eigenschaft der gesamten proletarischen Bewegung in ihrer prinzipiellen so gut wie in der taktischen Einstellung.

Die prinzipielle, die den ziellosen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorsieht, und die taktische, die in den Einzelkämpfen gegenüber der geschlossenen Kampffront des Kapitals zu suchen ist. Wir wissen, daß diese Taktik dem Opportunismus der Gewerkschaften in ihrer aufgezeigten Prinzipienfrage, der Führung dieser illusionären Reformbewegung zuzuschreiben ist.

Die Allgemeine Arbeiter-Union und die KAP. sieht in diesen Fragen im allgemeinen den Verrat an den Aufgaben des Proletariats. Sie hat es sich zur Pflicht gemacht, erst einmal die Illusionen, die in den Fragen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus liegen, aus den Ideologien der Proletarier zu vertreiben und zum Kampf gegen den Gesamtkapitalismus eine geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse zu schaffen.

Dieses kann nur geschehen, wenn nicht **die Lebensbedingungen im Kapitalismus** — die Gewerkschaftsfragen —, sondern die Aufgaben der proletarischen Revolution zum Prinzip erhoben werden. Das, womit sich das Proletariat — entgegen seinen Aufgaben im Klassenkampf — befaßt, kann dabei evtl. als Ausgangspunkt der Erkenntnis der eigenen Aufgaben gelten, indem die Kritik alle Fehler der bisherigen Einstellung rücksichtslos aufdeckt. An Illusionen anknüpfen, sie zum Prinzip erheben, bedeutet Selbstvernichtung. Wie man die Illusionen in Erkenntnis umwandelt, hängt von den jeweilig verschiedenen Verhältnissen ab. Vor allen gilt es darum, den Willen der Massen: der Ausbeutung durch das Kapital etwas entgegen zu setzen, die Lebensbedingungen zu verbessern, — den rechten Weg der Erkenntnis zu geben.

Horthy der Mörder von Somogyis und Bacso

Daß die Reaktion, wo sie ans Ruder kommt, gegen das Proletariat und alle unbequemen Persönlichkeiten, die der Bourgeoisie schädlich werden könnten, mit rücksichtsloser Brutalität vorgeht, ist für uns nichts neues mehr. Die Beispiele haben wir in Deutschland, in Italien, in Ungarn und jetzt wieder in Bulgarien gesehen.

Aus dem Schreckensregime Hortys, das sich selbst gegen die eigenen Stützen, die Sozialdemokraten, ausließ, wie wir hier sehen, wird jetzt wieder eine dieser Taten aufgedeckt. Die „Rote Fahne" meldet darüber:

Budapest, 2. Juni. Der frühere Justizminister Ungarns Benicki veröffentlichte im Organ der Legitimisten eine Anklage gegen den ungarischen Terrorhäuptling Horthy. Darin bewies er, daß Horthy direkt die Schuld trägt an der Ermordung der sozialdemokratischen Journalisten Somogyi und Bácso im Jahre 1919. Bei einer Gelegenheit hetzte Horthy die weißen Offiziersbestien, die über einen Artikel von Somogyi wüteten, direkt zum Mord auf mit den Worten: „Nicht sprechen muß man, sondern handeln". Einen Tag später wurden die furchtbar verstümmelten Leichen der zwei Journalisten aus der Donau gefischt. Benicky, der die Untersuchung leitete, wies nach, daß der Mord von den Offizieren verübt worden sei. Daraufhin entzog man ihm die Untersuchung und übergab sie dem Militärgerichtshof, der feststellte, daß die beiden Journalisten sich gegenseitig getötet hätten.

(WTB.) Die Polizei hat Benick in Haft genommen, um ihn an die Staatsanwaltschaft auszuliefern. Die Verhaftung erfolgte wegen „falscher Anschuldigung, Beleidigung des Reichsverwesers" und „Verletzung des Amtsgeheimnisses". Gegen die Zeitung der Legitimisten wurde wegen verbotener Veröffentlichung ein Verfahren eingeleitet.

In Budapest ist die Stimmung sehr erregt, nachdem die Veröffentlichungen große politische Folgen haben können. Der amtliche Standpunkt, daß die ganze Sache von den Legitimisten aufgezogen wurde, um den Reichsverweser unmöglich zu machen, wird viel besprochen. Die Tatsache, daß die Legitimisten immer unverhülltere Vorstöße versuchen, ist bekannt. Vor kurzem beschäftigte sich die Regierung mit dem Gedanken, ein Gesetz einbringen zu lassen, wonach Horthy das Amt eines Paladins übernehmen soll. Als Paladin würde Horthy auch die Vormundschaft über den unmündigen König übernehmen. Man spricht auch von einer eventl. Rückkehr der Königin Zita und des Kronprinzen Otto.

(TU.) Budapest, 4. Juni. Im Zusammenhang mit den Anschuldigungen des früheren Innenministers Benicky gegen den Reichsverweser Horthy hat ein Ministerrat heute die Einziehung des Blattes „Az Ujsag", das die Aussagen Benickys veröffentlichte, beschlossen. Die Druckerei des Blattes wurde beschlagnahmt, und das Weitererscheinen verboten und das Gebäude durch Militär besetzt. Das Verbot des Blattes hat ein großes Aufsehen erregt. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sowie mehrere Gewerkschaftsführer traten zu einer Sitzung zusammen. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung kam es, als ein Ersuchen der Oppositionsparteien, die Affaire Benicky zur Sprache zu bringen, abgelehnt wurde, zu Tumultszenen. Die Regierung wurde beschuldigt, Räuber und Mörder zu verteidigen. Ein Antrag der Opposition auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde unter ungeheurem Lärm abgelehnt.

Die Regierung hat eine strenge Telephonzensur eingeführt. Alle Zeitungen, Redaktionen und ausländischen Zeitungskorrespondenzen wurden von dieser Maßnahme verständigt.

Die Gewerkschaft der Drucker hat heute abend wegen des Verbotes des Blattes „Az Ujsag" einen 24stündigen Demonstrationsstreik beschlossen. Donnerstag nachmittag und Freitag früh erscheinen infolgedessen keine Zeitungen.

Wir sehen aus dieser Tatsache, daß die Bourgeoisie gegen jeden vorgeht, der sich gegen ihre Macht wendet, daß sie es offen und heimlich macht. Mit offener Gewalt geht sie gegen die vor, die diese Gewalttaten am Proletariat aufdecken.

Wann wird das Proletariat einmal seine Humanität über Bord werfen?

Die Aburteilungen des Genossen Heibig vom Reichsgericht

Bericht.

Am 29. 5. 1925 hatte sich vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts der Redakteur der Kommunistischen Arbeiter-Zeitung Kurt Heibig, wegen Aufforderung zum Hochverrat zu verantworten. Die Anklage stützte sich auf einen Artikel, welcher in der November-Nummer der angeworfenen Zeitung, um den Jahre 1924 erschienen war aus Anlaß der Amnestie-Kampagne, welche gerade in diesem Monat von breiten Massen der Arbeiterschaft getragen wurde. Aus der beigefügten Anklageschrift, welche die Abschrift des Artikels enthält, ergibt sich der Standpunkt des Reichsanwalts. Der Genosse Heibig war nicht in Haft. In der Verhandlung bestritt er, sich des ihm zur Last gelegten Verbrechens schuldig gemacht zu haben, behauptet vielmehr, der Artikel sei mehr ein emphatischer Aufruf zur Entfesselung einer breit angelegten Amnestiebewegung gewesen, als ein Niederschlag prinzipieller Forderungen. Dies ergäbe sich schon daraus, als der November 1924 zur Auflösung der Machtfragen in keiner Weise geeignet gewesen sei. Auf die Frage des Reichsanwalts, ob die KAPD. nicht im Gegensatz zur KPD. ausdrücklich für Tellaktionen eintrete, verneinte der Genosse. Der Reichsanwalt beantragte wegen der Schärfe des Artikels ein Jahr 3 Monate Festung gemäß § 85. Das Gericht verurteilte den Genossen zu zehn Monaten Gefängnis wegen § 86 STGB. und § 7 Republikschutzgesetz, indem es die Strafe aus dem Republikschutzgesetz entnahm. Es begründete seinen Standpunkt wie folgt:

Zunächst hält es nicht für erwiesen, daß der Angeklagte sich aus § 85 strafbar gemacht habe, da in Herbst 1924 tatsächlich die Machtfrage nicht angeschnitten sei. Es folgte lediglich der Anschlagtin und verurteilte deswegen aus § 86 STGB. Es hielt aber auch weiterhin § 7 Republikschutzgesetz für gegeben, da der Angeklagte durch seine Tätigkeit als Redakteur hochverräterische Bestrebungen, wie ist. u. a. von der KPD. vertreten werden, unterstützt habe. Es bei im übrigen dahin gestellt, ob die KAPD. oder doch ihr Funktionärkörper eine Verbindung im Sinne des Republikschutzgesetzes sei, da es über die organisatorischen Verhältnisse der KAPD. nicht orientiert sei.

Haftbefehl wurde nicht erlassen.

Betriebsinsiellungen

Hamborn, 4. Juni. (WTB.) Nachdem auf der Zeche Neumühl im vergangenen Monat trotz der schweren Absatzkrise der Betrieb mit Feierschichten aufrecht erhalten worden war, sah sich die Werkleitung jetzt genötigt, 1500 Bergleuten und einem großen Teil des Steigerpersonals zum 15. Juni zu kündigen, wenn sich die Verhältnisse nicht bessern. Es ist somit völliger Stillegung der Zeche, die etwa 4000 Bergleute und Angestellte beschäftigt, zu rechnen.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Achtung! Pressekommission: Die Sitzung findet wie festgesetzt, wieder jeden Montag abends 7 Uhr, an bekannter Stelle statt. Jedes Mitglied der Pressekommission hat unbedingt pünktlich zu erscheinen.

Bezirksleitung.

Die Bezirksführersitzung tagt jeden Dienstag, abends 7 Uhr, an bekannter Stelle.

2. Unterbezirk. (Moabit.) Am Freitag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal von Oetschläger, Berlichingenstraße 5, wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Organisation und Revolution. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen.

Am Montag, den 8. Juni, findet eine außerordentliche Haupt-Ausschuß-Sitzung, in Oeo, W. statt. Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 45

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 474 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Gesetzlicher Arbeitermord

Soll das Proletariat „seine Republik" schützen?

Die Reaktion tritt immer gemeiner, immer offener den flauen Massen der Proletarier entgegen. Die ganze Welt zittert unter ihrem Schritt. Mit Brutalität will die Bourgeoisie sich gegenüber den großen Massen des Proletariats behaupten. Die Krisenverhältnisse, die die wirtschaftspolitische Stellung der Bourgeoisie schwankend machen, die eventuell alle Widersprüche der bestehenden Gesellschaftsordnung aufdecken und die Klassenverhältnisse zu Klassenkämpfen entwickeln, treiben ihnen den Zwang des grausamen Abwehrkampfes vor die Augen.

Während das Proletariat schweigt und dumpf dahinbrütet, geht die Bourgeoisie mit Hilfe seiner Polizei und seiner Militärkamarilla gegen jeden schwachen Lebensfunken des Proletariats vor. Kein Mittel ist zu gemein und zu scharf, um die Arbeiter, die zum großen Teil in Harmonieduselei, in Humanitätsduselei, dahinleben, vor der Macht des Staates abzuschrecken.

Die Proletarier merken nicht in welcher Staatsordnung sie leben. Selbst die aller deutlichsten Beispiele, die den wahren Geist der heutigen **„Demokratie"** aufweisen, gehen ungeachtet an ihnen vorbei. Sie beachten nichts, weil sie blind durch die parlamentarischen Illusionen, in denen sie erzogen werden, die ihnen glauben machen, diese Republik sei der Apparat des Volkes, sie selbst die Proletarier, hätten sich diese Staatsform für ihre Interessen geschaffen. Die meisten Proletarier glauben, Polizei und Militär wären unbedingt nötig, um die „Demokratie" vor den Angriffen, vor den Störungen der Republik-Ordnung zu schützen. Den wahren Charakter, die Eigenschaft dieser Organe, der ihnen schon an der allgemeinen Aufmachung zu Tage gefördert wird, den sieht man nicht. Die Unterschiede, die zwischen der alten Polizei und den Militärs unter der monarchistischen Staatsform —und dem heutigen Gewaltregiem eines Severing und Seeckt, das von den Sozialdemokraten unter Noske eingeleitet wurde, die erkennt man nicht. Man sieht nicht, daß die für die Ausbeutung der Proletariermassen entschieden günstigere Staatsform, die Republik, eine entschieden größere militärische und polizeiliche Reaktion offenbart, als die wilhelminische Zeitepoche. Selbst die aller offenste Provokation, mit der die moderne Polizei ausgerüstet ist, wird nicht beachtet.

Wer achtet darauf, daß die Polizei mit Maschinengewehr, mit Maschinenpistolen, Handgranaten, Gewehre, Pistolen, Seitengewehr und Gummiknüppel, — also mit den modernsten Waffen über die Straßen zieht, nicht einzeln, sondern in Massen, auf Autos und Panzerautos, und wer denkt an die Ausrüstung eines wilhelminischen Polizisten?

Wer erinnert sich noch, daß die Polizei der Monarchie es kaum wagte, den Gummiknüppel offen zu zeigen. — Wo sind die Proletarier, die dem bestgedrillten Ordnungsmilitär, den modernen Schutztruppen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Beachtung schenken? Den Militärs, die darauf einexerziert werden, die proletarische Revolution, den Klassenkampf, den die Entwicklung heraufbeschwört, im Blut zu unterdrücken, die Proletariermassen mit den modernsten Waffen der Kriegsführung niederzumetzeln. **Wer beachtet diese Tatsachen? Niemand!** — denn der weiße Terror ist legalisiert worden, er ist Gesetz geworden, das vom Volke ausgeht, vertreten durch seine Führer im Parlament. Die moderne Polizei ist zur Gewohnheit geworden, denn sie ist zum Schutz der Republik von ehemaligen „Arbeiterführern" eingesetzt, und die größten Massen des Proletariats fühlen sich in ihrer **selbstvernichtenden Illusion** mit verpflichtet am Schutz der Republik. Die ganze Klique der parlamentarischen Arbeiterverdummer, von den Sozialdemokraten bis zur KPD. ruft stündlich ein um das andere mal von Neuem auf zum Schutz der Republik. Die Schützer der Republik, die Polizei, die ein um den andern Tag beweist, wie sie die Republik vor dem Proletariat zu schützen versteht, indem sie die Proletarier niederschießt, und niederschlägt, die ist auch gewerkschaftlich organisiert und gehört zum Teil der „Roten Schupo-Zelle", der KPD. an.

Arbeitermorde sind zur Gewohnheit geworden.

Nicht nur in Bulgarien oder sonst wo die weiße Reaktion sich zeigt, tritt die Brutalität gegen das Proletariat als Klasse auf den Plan und weiß man wie man gegen die Revolution vorzugehen hat. — Auch in Deutschland versteht man sich auf sein Geschäft des Proletariermordes.

Das einzige was die Erkenntnis bei den Massen verhindert, ist, daß eine offiziell von den Massen anerkannte Republik und eine von Arbeitermassen gewählte Regierung diese Arbeitermorde zum Schutz des Kapitals für gesetzlich geschützt erklärt.

Der Arbeitermord in Teltow, der an den „Roten Frontkämpfern" begangen wurde, ist nur ein kleiner Vorgeschmack von dem, was die Arbeiterklasse noch erleben wird. Es ist aber wieder ein Beispiel, wie man gegen die Arbeiterklasse rücksichtslos vorzugehen gedenkt. Es ist auch nicht das erste Mal, daß man sich in solcher Weise versucht. Die Republik hat ja auf dieser Basis ihren Lebenslauf begonnen. Und heute, wo die Republik wieder in Gefahr gerät, — die Krise treibt unaufhaltsam die wirtschaftspolitischen Zuspitzungen vorwärts, — heute heißt es wieder sich zu prüfen und die Proletarier abzuschrecken.

Auch die Proletarier im „Roten Frontkämpferbund", die vielfach glauben den Kampf zum Schutz der Republik gegen die „Hindenburgreaktion" führen zu müssen, wird die republikanische Hindenburg-Polizei von ihrem Dasein überzeugen.

Hoffentlich werden diese Proletarier begreifen, daß **sich dieser Kampf nicht um Republik oder Monarchie handeln kann.** Die **Republik ist die beste Ausbeutungsform des Kapitalismus, solange die Proletarier sich im Interesse der Republik ausbeuten und durch Illusionen verdummen lassen.** Die Polizei ist die bestorganisierte militärische Stütze der Republik und des Kapitalismus. **Beide Apparate gilt es im Interesse der Befreiung des Proletariats zu zerschlagen,** denn nur in der **Zertrümmerung des Staates** kann man den **Aufbau der Revolution ermöglichen.**

Es ist notwendig sich nicht in Soldatenspielerei zu verlieren, sondern die Vorbereitung der proletarischen Revolution zu schaffen. Die Proletariermassen gilt es von den republikanischen, parlamentarischen Illusionen zu befreien und sie zum Kampf gegen die kapitalistische Reaktion, zur Revolution zu führen.

Weitere Todesurteile unterzeichnet

WTB., Sofia, 7. Juni.

Der König unterzeichnete das Todesurteil gegen Pertschemlieff, der in den nächsten Tagen hingerichtet werden wird. Die Todesstrafe gegen Frau Nikolawa und Leger wurde vom König in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Hetzjagd in Budapest

Budapest, den 7. Juni 1925.

Die Parlamentsfraktion der Sozialdemokraten wird in der nächsten Parlamentssitzung die interimistische Ausübung der staatsoberhäuptlichen Gewalt einreichen. Beantragt wird, diese Gewalt einem durch die Nationalversammlung gewählten, aus drei Mitgliedern bestehenden Staatsrat zu übergeben. Der Antrag, dessen Spitze sich offenkundig gegen den Reichsverweser, im Zusammenhang mit der Affäre Benitzky richtet, wird mit Majorität abgelehnt werden.

Moderner Sklavenhandel

(TU.) Wien, 5. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen haben Vertreter Oesterreichs in der Genfer Arbeiterkonferenz mit den Delegierten der anderen Länder, vornehmlich Deutschlands und Frankreichs, wegen einer möglichen Emigration österreichischer Arbeitslosen nach diesen Staaten Fühlung genommen. Wie verlautet, haben die Delegierten Deutschlands und Frankreichs prinzipiell sich bereit erklärt, ja etwa 10 000 Arbeitslose unterzubringen, wobei jedoch nur hochqualifizierte Arbeiter in Betracht kommen sollen.

Aus diesem Bericht sehen wir, wozu die Konferenzen, die zwischen den Vertretern des Kapitals und den Gewerkschaftsvertretern abgehalten werden, da sind. Das Proletariat, das infolge der Krise zu einem recht billigen Wertobjekt geworden ist, muß für das Kapital in den Rib der Zeit springen. Am grünen Tisch wird darüber beraten, an welchem Platz man die Ware Arbeitskraft im Interesse des notwendigen Profits am besten benützt, wie man sie am besten ausbeuten kann, und wohin man die überflüssige Arbeitskraft gewinnbringend importieren kann.

Das Proletariat läßt sich durch seine Gewerkschaften dies ohne sich zu rühren gefallen.

Der Kampf um die Zollvorlage

II.

Vorweg sollen noch die wirtschaftlichen Argumente behandelt werden, welche von dem landwirtschaftlichen Großkapital zur Begründung der Zollvorlage vorgebracht werden, soweit sie nicht schon bisher wie die Preisehre erwähnt sind. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß im Jahre 1924 nicht weniger als für 2½ Milliarden Mark landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt worden sind und daß diese Summe mit dem Defizit in der Handelsbilanz übereinstimme. Durch eine Intensivierung der deutschen Landwirtschaft könnte eine Herabminderung bzw. Ausschaltung dieser Einfuhr erreicht werden. Man würde so die gesamte Wirtschaft auf eine feste Basis stellen können. Die Voraussetzung aber für die Durchführung dieses Planes sei die Schaffnung einer Garantie für die Landwirtschaft, daß ihre Existenz nicht durch die Einfuhr von ausländischen landwirtschaftlichen Produkten untergraben würde. Aus demselben Grunde müßte auch eine Stabilisierung der Getreidepreise gesichert werden.

Diese Argumente zeigen ganz deutlich, daß der Abschluß vom Weltmarkt, die Inzucht der Wirtschaft, eine Forderung ist, die ihre gewichtigen Gründe hat. Es ist dies keine Marotte irgend einer kleinen Interessengruppe des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, wie es sogerne von den großen demokratischen Blättern hingestellt wird, die die Interessen des Handels- und Bankkapitals vertreten. Vielmehr liegt hier eine nicht zu umgehende wirtschaftliche Notwendigkeit vor, wenn das deutsche Kapital überhaupt existieren will. Der selbst genügsame Staat ist der einzige Ausweg für eine weitere Lebensmöglichkeit der europäischen Kontinentalstaaten. Es wird immer wieder übersehen und überhaupt nicht beachtet, daß die sog. Stabilisierungskrise eine Krise der übersteigerten Einfuhr, der sog. passiven Handelsbilanz, ist oder besser geworden ist, weil das Gewicht eines gesteigerten industriellen Absatzes in das Ausland fehlte. Die deutsche Produktionsfähigkeit ist gegenüber der Vorkriegszeit um 50 Prozent gestiegen, während die tatsächliche Produktion in demselben Maße gefallen ist. Die jetzt ganz offen zutage getretene Krise in der deutschen Industrie, die sich im Zusammenbruch des größten deutschen Konzerns, des Stinneskonzerns, und in den großen Schwierigkeiten der übrigen industriellen Großunternehmer zeigt, ist auf das Mißverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr bei fehlendem Ausgleich durch den Finanzexport zurückzuführen. Der Rückzug auf die innere Linie ist der einzige Ausweg. Er bedeutet praktisch die Liquidierung der industriellen Epoche und der auf dem Welthandel aufgebauten Weltwirtschaft. Nicht Ausdehnung des Welthandels, sondern seine Beränkung auf das Allernotwendigste ist der Grundzug der jetzigen Weltwirtschaft, welche in dem Ausbau der sog. Volkswirtschaft für die Volkswirtschaft ihre Grenzen findet.

Die landwirtschaftliche Produktion ist so zwangsweise der Eckpfeiler der gesamten Wirtschaft. Ihre Intensivierung und die Ausnutzung der heimischen Rohstoffe für die industrielle Form, insbesondere durch Erweiterung ihrer Verwendungsfähigkeit ist die einzige Möglichkeit, einer schnellen und restlosen Unterwerfung unter das angelo-amerikanische Kapital auszuweichen. Es ist ja schon bereits erwähnt, daß eine Senkung der Ein- und Ausfuhr, überhaupt eine stärkere Einstellung auf den Binnenmarkt, auch eine Herabsetzung bzw. Sabotage der Reparationsverpflichtungen bedeutet.

Die Stellungnahme des deutschen Kapitals zu diesem Problem ist selbstverständlich sehr verschieden je nach den Interessen. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß der Großgrundbesitz von den Vorzügen eines Aufbaues der deutschen Wirtschaft auf der Agrargrundlage vollkommen überzeugt ist. Der Mittel- und Kleinbesitz, welcher sich ideologisch im Bann des Agrargroßkapitals befindet, leistet ihm jede Hilfe und verzichtet vor der Hand auf jede selbständige Politik.

Dagegen fehlt es selbstverständlich an einer einheitlichen Stellungnahme in der Industrie. Die Gegensätze zwischen der Schwerindustrie und der Fertigwarenindustrie. Die Kohlen- und Eisenbarone haben den Verkauf ihrer Ueberproduktion schon durch internationale Kartellvereinbarungen geregelt. Eine Stärkung der inneddeutschen Wirtschaft durch einen Intensivierungsprozeß kann nur ihre Position stärken, da hohe Inlandspreise für eine

Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtern. Dagegen ist die Fertigwarenindustrie völlig auf die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt angewiesen. Sie muß sich erst Absatz suchen, um überhaupt eine Wirtschaftlichkeit ihrer Produktion zu erzielen im Gegensatz zu den Rohstoffmonopolinhabern, die sich gegenseitig eine profitable Produktion gesichert haben. Sie brauchen den offenen Weltmarkt und eine „Handelspolitik", die nicht durch Hochschutzzölle für Agrarprodukte den Absatz von Industrieprodukten vollkommen verbaut. Deshalb sind auch erhebliche Differenzen innerhalb der Deutschnationalen Partei entstanden, die zu einer Stärkung der Deutschen Volkspartei des Herrn Stresemann geführt haben. Dieser „echte" Staatsmann mit dem feinen Riecher für wirtschaftliche Situationen hat jetzt sehr stark mit der Selbständigkeit seiner Partei aufgetrumpft und den Deutschnationalen eine scharfe Absage erteilt. Er will jetzt wieder eigene Politik machen und hofft auf die Rückkehr der verlorenen Schafe. Die Deutsche Volkspartei ist immer die interessenvertretung der Fertigindustrie gewesen. Sie konnte eine Zeit lang sehr wohl mit der Schwerindustrie zusammengehen. Diese Möglichkeit hat aber mit der Notwendigkeit einer „Wirtschaftspolitik" aufgehört.

Die Demokraten sind die echten Kompromißler. Eine einseitige Binnenmarktpolitik würde sie des Anschlusses an den Weltmarkt berauben und ihnen die Handelsmöglichkeit nehmen. Der deutsche Markt würde aber bald den Zwischenhandel ganz ausschalten. Das Bankkapital müßte sich mit den Profiten aus der deutschen Wirtschaft begnügen. Es würde zum Vermittler zwischen der Reichsbank und dem Großunternehmerkapital herabsinken und jede selbständige Funktion einbüßen. Die Brocken vom Tisch der Reichsbank würden ihm vorbehalten bleiben. Der Zusammenbruch der Industrie hat ihm einen Teil der in der Inflationszeit verloren gegangenen Position zurückgebracht. Das „Berliner Tageblatt" konnte sich auch nicht den Triumph über diese „Inflationsblüte Stinnes" verkneifen. Aber diese Freude ist keineswegs ungetrübt. Das Agrargroßkapital, das jetzt die Herrschaft antritt, ist noch rücksichtsloser als das Industriekapital. Es zieht schon jetzt alle Staatskredite an sich und verlangt seine Bevorzugung und Auszahlung der Gelder unter eigener Kontrolle der von ihm eigens dazu geschaffenen Agrarkreditinstitute. Das bisherige Bankkapital war typisches Industrie- und Handelsbankkapital, während das Agrarkapital seine eigenen Kreditinstitute besessen hat. Diese Entthronung muß das Bankkapital befürchten. Deshalb tritt es für eine gemischte Politik ein. Das Agrarkapital soll leben, aber den Ausschlag soll die sog. Exportindustrie und deren Interessen haben.

Die Sozialdemokratie als die Partei des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie verlangt eine Förderung der Fertigwarenindustrie. Hilferding erklärt ganz offen, daß der einzige positive Faktor der deutschen Wirtschaft nach Verlust der Rohstoffgebiete im Westen und der agrarischen Ueberschußgebiete im Osten „unsere Arbeitskraft, unsere qualifizierte Arbeit" ist. Deutschland müßte „eine Handelspolitik treiben, die durch die industrielle Beschäftigung die Auswanderung oder die erhöhte Sterblichkeit unnötig macht." Er stellt die Interessen der Fertigwarenindustrieen der qualifizierten Arbeitskraft in eine Reihe. Die Schutzzölle Kontinentaleuropas seien ein Wahnsinn gegenüber der amerikanischen Konkurrenz. Europa müsse sich zu einem „einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammenschließen". Die Aufgabe Deutschlands sei es in vorderster Linie gegen die Schutzzollmauern der anderen Staaten zu kämpfen. Das englische Imperium sei das zukunftsreichste Absatzgebiet für die deutschen Industrieprodukte. Deutschland müsse deshalb alles tun, um die englische Freihandelsbewegung zu unterstützen. Er hält deshalb die Entscheidung über die deutsche Handelspolitik für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft für ausschlaggebend. Die Agrarkrise will er ebenfalls durch Steigerung der Intensivität überwinden — und zwar nicht durch Handelspolitik, sondern durch „landwirtschaftliche Erziehung". Es ist wirklich wunderbar, was ein Marxist für gute Ratschläge in kapitalistischen Profitangelegenheiten machen kann. Er muß zwar zugeben, daß dieses Problem auch ein Kredit- und Steuerproblem ist. Das hat natürlich mit der „landwirtschaftlichen Erziehung" nichts zu tun, ebensowenig mit der Stellung der Landwirtschaft und Fertigwarenindustrie in der deutschen Wirtschaft. Es ist soviel Kapital vorhanden, daß man beides neben einander betreiben kann — so Hilferding. Er begreift sehr gut, daß Schutzzoll kein Erziehungsmittel sondern nur eine besondere Rente für die besonders kapitalkräftigen Schichten der deutschen Bourgeoisie, und daß diese Politik „auf Kosten der Massen der Produzenten und der weiterverarbeitenden Industrieen" vor sich geht. Die Notwendigkeit dieser Politik und die Utopie seiner eigenen Pläne begreift er nicht. Für ihn ist der Hochschutzzoll nur eine Böswilligkeit der Agrargroß- und des schwerindustriellen Kapitals. Er kann und will sich nicht eingestehen, daß eine Erhaltung des Reallohnes der Arbeiter auf der heutigen Stufe nicht möglich ist. Von einer Steigerungsfähigkeit sieht er auch ab. Er erkennt nur genau die Wirkungen der jetzt vom deutschen Kapital betriebenen Politik. Der Kampf gegen die Agrarzölle ist genau so Hoffnungslos wie seiner Zeit gegen die Inflation.

Die Arbeiterschaft hat sich jetzt auch mit Hilfe der KPD. in diesem Kampf um die Agrarzölle einspannen lassen. Sie erkennt nicht seinen wirtschaftlichen Unterguand. Deshalb dürfen wir noch nicht alle Hoffnung verlieren. Die KAPD. muß immer wieder für die Erkenntnis des Charakters der jetzigen Krise kämpfen. Die Gesundung des Kapitals zeigt sich am besten an dem erneuten Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft. Nur rücksichtsloser Klassenkampf kann die Parole sein.

Sonnabend, den 13. Juni erscheint der

„Proletarier"

Zeitschrift für revol. Klassenkampf

Heft 8 Preis 0,30 Mk.

Aus dem Inhalt: Der Idealismus des Proletariats. — Die Todeskrise des Kapitals. Zur Todeskrise. — Psychologische Betrachtungen. — Der Bauernkrieg des Jahres 1525. Nationale Minderheitsfragen. — Bibliographie.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei oder direkt von der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Str. 49. Postscheckkto. Berlin 480 29.

Wirtschaft

Die russische Handelsbilanz im April

Nach den soeben veröffentlichten Ziffern der Hauptzollverwaltung „stieg" der „Gesamtumsatz" im April um 3 Millionen Rubel gegenüber dem März. Die amtlichen russischen Veröffentlichungen werden immer mehr auf die Urteilslosigkeit der russischen Proletarier und die russischen Anhänger in Westeuropa zugeschnitten. Man weiß, daß die kritische Presse in diese Kreise nicht hineindringt und daß hier die Veröffentlichungen der „Sowjetregierung als der Weisheit letzter Schluß hingenommen werden.

Die gebotenen Ziffern dürften sicher richtig sein, ihre Stellung und der amtliche Komentar muß jedoch bei urteilslosen Lesern den Eindruck erwecken, daß sich der russische Außenhandel im April günstig entwickelt habe. Dies trifft nicht zu. Abgesehen von der Winzigkeit des russischen Außenhandels, ist eine kleine Verschlechterung eingetreten. Der „Gesamtumsatz" beträgt 91 Millionen Rubel, d. h. 3 Millionen Rubel mehr als im März. Das „Mehr" ist aber Defizit! Die Einfuhr betrug 61 Millionen Rubel, d. h. um 6 Millionen Rubel mehr als im März während die minimale Ausfuhr noch um 3 Millionen Rubel, von 33 auf 30 Millionen Rubel sank. Die Einfuhr — das ist der springende Punkt — ist 200 Prozent höher als die Ausfuhr!

Bedenklich ist es, daß die vermehrte Einfuhr des großen russischen Agrarstaates am stärksten in Lebensmitteln und Tieren (28,3 Mill. R.) besteht. Die Einfuhr von Metallen und Metallerzeugnissen beträgt 12,1 Mill. R. Die Einfuhr von Mehl ist von 10,4 im März auf 17,9 im April gestiegen.

Noch bedenklicher ist es, daß Rohmaterialien und Halbfabrikate in der Ausfuhr von 26 Millionen Rubel im März, auf 22 Millionen Rubel im April sanken. Daß die Rohmaterialien nicht in vermehrtem Maße im Inlande verarbeitet werden, zeigt die steigende Fertigwarenein fuhr bei gleichzeitig steigender Arbeitslosenziffer. Naphthaprodukte sanken in der Ausfuhr von 8 auf 6, Flachs von 2,5 auf 0,5, bearbeiteter Flach von 1,3 auf 0,4, Manganerze von 2,4 auf 1,7 Millionen Rubel. Eine Steigerung der Ausfuhr erfuhren nur Borsten, Eisenerze, Hanf und unbearbeitetes Holz.

Das Ausfuhrdefizit betrug im Februar 7,5, im März 22,1, im April 31 Millionen Rubel. Die Verschlechterung der Handelsbilanz ist wohl in der Hauptsache auf die schlechte Ernte des Vorjahres zurückzuführen. Umso weniger wäre es angebracht, daß die amtlichen russischen Stellen sie in einer Weise wiedergeben, die als Verschleierung aufgefaßt werden muß.

Der Niedergang der polnischen Wirtschaft

Im Staate Polen ist etwas faul. Die Krise spitzt sich zu. Der Agrarstaat ist zu einem Zuschußland für Agrarprodukte geworden. Der Körnerbau ist so zurückgegangen, daß die Regierung auf die Ausfuhr von Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Mehl einen Ausfuhrzoll legen mußte. Angesichts der günstigen Ernte dieses Jahres soll der Ausfuhrzoll zum 1. August 1925 aufgehoben werden. Hierzu trägt die Tatsache bei, daß die polnischen Getreidepreise infolge der Knapphelt in letzter Zeit dauernd stiegen und die Weltmarktpreise erreicht haben. Dagegen steigt seit Wochen die Getreideeinfuhr nach Polen. Vor allem werden aus Amerika große Mengen über Danzig importiert. Die Importeure erhalten einen zweimonatigen Kredit bei einem Zinsfuß von 5 Prozent jährlich. Unter diesen Verhältnissen hat die polnische Mühlenindustrie außerordentlich zu leiden. Im Bezirk Petrikau kommt schon seit einem Monat kein inländisches Getreide mehr zu den Dampfmühlen, so daß sie genötigt sind, ausländische Ware über Danzig zu beziehen. Der Süden Polens hängt zurzeit vom ungarischen Mehl ab, was in der Mühleindustrie von Jarosław eine bedenkliche Stockung hervorgerufen hat.

Die Extensität der polnischen Landwirtschaft kommt auch auf anderen Produktionsgebieten zum Ausdruck. Die Ausfuhr von Hanf und Flachs, neben dem Körnerbau ein Hauptzweig der polnischen wenigstens der galizischen — Landwirtschaft, läßt bedenklich nach. Dies ist auf die Vernachlässigung der Qualität zurückzuführen. Trotz stark gesunkener Preisen werden sich die ausländischen Importeure immer mehr dem baltischen Flachs und Hanf zu, der über Reval ausgeführt wird.

Die Industrie ist ebenfalls stark rückläufig in der Produktion. Die polnische Zementproduktion betrug im Jahre 1924 über 400 000 Tonnen gegenüber 1 Million Tonnen in Vorkriegszeiten. Der einheimische Bedarf an Zement verminderte sich im Jahre 1924, da die Bautätigkeit darniederlag. Die Produktion, die in Vorkriegszeiten 20 kg je Kopf der Bevölkerung betrug, ist jetzt auf 12 kg und noch auf 15 kg je Kopf. Trotzdem der Export von 20,1 Tausend Tonnen im Jahre 1923 auf 32,2 Tausend Tonnen im Jahre 1924 gesteigert wurde. Man muß hierbei bedenken, daß große polnische Gebiete im Kriege zerstört wurden. Von Aufbau kann demnach keine Rede sein; erst recht nicht von Fortschritt. Die Zementpreise erfuhren eine Steigerung um 20 Prozent. Die Ausfuhr trotz gestiegener Preise nahmen die benachbarten österreichischen Grenzgebiete auf, wo eine Zementindustrie fehlt, und wo die westliche Zementindustrie der teuren Frachten wegen schlecht konkurrieren kann.

Die Eisenindustrie befindet sich schon seit Januar 1924 in steigenden Schwierigkeiten. Der Kohlenbergbau dagegen hat in letzter Zeit kleine Fortschritte aufzuweisen. Die polnische Wirtschaft spiegelt sich sehr gut in dem rückläufigen Außenhandel des Landes wieder. Während das Defizit des ganzen vorigen Jahres 212 Millionen Zloty betrug, beläuft es sich schon in drei Monaten des Jahres 1924 auf fast 193 Millionen Zloty. Die Ausfuhr erreichte nur 63 Prozent der Einfuhr. Es betrug in 1000 Zloty:

	Einfuhr	Ausfuhr	Defizit
Januar	172 658	107 547	65 104
Februar	151 101	103 015	48 086
März	190 130	120 455	69 685
insgesamt	513 889	331 014	

Die verstärkte Einfuhr betraf in der Hauptsache Lebensmittel, Leder und Rohstoffe für die Textilindustrie. Die polnische Textilindustrie ist fast ausschließlich Veredelungsindustrie. D. h., sie führt die Rohstoffe ein und die Fertigwaren aus ohne nennenswerten Absatz im Inlande. Die große Textilindustrie Polens ist die ehemalige des zaristischen Russenreiches, die in der Hauptsache in Lodz und Umgegend ansässig ist. Die Ausfuhr ging zurück in Getreide, Kartoffeln, Textil- und Metallprodukten. Dagegen entwickelte sie sich günstig für Holz (aus den ebenfalls ehemaligen russischen Wäldern), Zucker, Vieh, Geflügel, Eier und Petroleumprodukten.

Um die Ausfuhr zu steigern, hat die polnische Eisenbahn soeben die Frachtpreise stark ermäßigt. Die Tarifherabsetzungen z. B. für Kohle, Holz, Petroleum und diverse Metalle und Metallprodukte schwanken zwischen 12 und 64 v. H. Als sichere Folge wird ein starkes Defizit des Eisenbahnetats eintreten. Um die schon jetzt sehr zerrütteten Staatsfinanzen aufzuhelfen, wird auf der anderen Seite dafür die Steuerschraube angezogen und die Wirtschaft wieder belastet werden müssen.

Da Polens Wirtschaft nach Westen schwer konkurrenzfähig ist, versucht sich die Industrie nach Rußland zu orientieren. Am 22. Mai ist die polnisch-russische Eisenbahnkonvention in Kraft getreten, die die direkte Eisenbahnverbindung der polnischen Stationen Bialystok Danzig, Kattowitz, Krakau, Lemberg, Lodz, Posen, Warschau und Wilna und der russischen Charkow, Kiew, Minsk, Moskau, Odessa, Petersburg und Tiflis gebracht hat. Bisher haben alle Hoffnungen auf regen Güteraustausch mit Rußland immer getrogen. Ob sich jetzt die polnischen Hoffnungen auf den Osten erfüllen werden, muß dahingestellt bleiben.

Der polnische Rundfunk verkracht

Der Warschauer Rundfunk, der einzige der polnischen Republik, hat wegen Geldschwierigkeiten seinen Betrieb eingestellt. Es ist dies ein untrügliches Zeichen der sich bedenklich abschwächenden Kaufkraft der polnischen Bevölkerung. Die Verdummungsmittel pflegen immer erst in letzter Linie zusammenzubrechen.

Steigende Arbeitslosigkeit in England

Die Arbeitslosigkeit in England zeigt eine Zunahme gegenüber der Vorwoche um 1080 Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 1 186 100, also 170 474 mehr als in derselben Woche des vergangenen Jahres.

Die Löhne im Rheinland

Der staatliche Schlichtungsausschuß für das bergische Land sollte für das Metall- und elektrotechnische Gewerbe einen Schiedsspruch, der die Stundenlöhne neu festsetzt. Diese betragen im ersten Jahre nach der Lehrzeit 51 Pfennig und steigen bis auf 60 Pfennig im Alter über 24 Jahren. Hilfsarbeiter erhalten 20—68 Pfennig.

Betriebseinschränkungen im Ruhrbergbau

Bochum, 4. 6. (T. U.): Die Zeche „Borussia" bei Stockum hat zum 15. Juni 110 Bergleuten gekündigt. Die Zeche „Fröhliche Morgensonne" bei Wattenscheid verlegte die Belegschaft des Reviers 1 wegen Stillegung zu den Schichten bei Wattenscheid. Die Betriebseinschränkung wird mit mangelndem Absatz in Fett- und Magerkohle begründet. Durch die Presse läuft die Nachricht, daß die kleine Zeche „Robert" bei Hoestrop stillgelegt wurde. Bei dem Bergreviersaal Hattingen ist eine Entlassung zustande gekommen, wodurch die Fortführung des Betriebes der Zeche „Robert" gewährleistet wird.

Die Grundbegriffe der materialistischen Geschichtsauffassung

(Fortsetzung.)

Vor zwei Jahrhunderten, vor der gewaltigen Entwicklung der Maschinentechnik, wäre eine großbetriebliche Organisation mit kapitalistischer Aneignung der Produkte, wie wir sie heute haben, ganz undenkbar gewesen, und ebenso wäre es ein aussichtsloses Unternehmen, den heutigen Stand der Wirtschaft etwa auf die Stufe einer kleinbetrieblichen, handwerksmäßigen Organisation zurückversetzen zu wollen, wie sie vor 200 Jahren bestand, — man müßte dann vorerst die modernen Produktivkräfte, die selbst erstanden sind, aus der Welt schaffen. Dieser Komplex von Erscheinungen — Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Eigentumsverhältnisse — bildet also nach der materialistischen Geschichtsauffassung die Grundlage, die bewegende Kraft der geschichtlichen Entwicklung, und innerhalb dieses Komplexes gehen wiederum die Produktivkräfte den Ausschlag.

Geschichte ist alles, was „geschieht". Das Weltgeschehen aber erschöpft sich nicht im Produzieren, Aneignen von Produkten usw., sondern das staatliche Leben, Gesetzgebung und Verwaltung, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen, religiöse Vorstellungen und Ideen, das ganze geistige und persönlichen Verkehren unter Menschen, all das sind geschichtliche Vorgänge und in Laufe der Geschichte sich weiterhin Fortspannen. Und die bisher immer „Ueberbau" und der ebenso scheinbar und tatsächlich „freie" Spielraum menschlichen Denkens, das staatliche und geistige Leben der Menschen vollzieht sich nicht autonom, nicht nach eigenen Gesetzen, sondern wird in seiner Entwicklungsrichtung bestimmt von den ökonomischen (wirtschaftlichen) Verhältnissen. Machen wir uns den wieder an Beispielen klar.

Wir brauchen bereits die in erster Reihe auf der modernen Maschinentechnik beruhende Scheidung von Arbeitern und Unternehmern kennen. Nun stehen sich Arbeiter und Unternehmer nicht als einzelne Menschen gegenüber, sondern auf der einen Seite setzen wir Menschen als Vertreter von Produktivkräften, Mitbesitzer der durch die moderne kapitalistische Produktionsverhältnisse in die gleiche ökonomische Lage gebracht sind, die gleichen wirtschaftlichen und politischen Interessen haben und daher zu einer Einheit, einer Klasse verwachsen. Auf der anderen Seite stehen einige hunderttausend Unternehmer, die gleichfalls ihren Arbeitern gegenüber bestimmte ökonomische und politische Interessen haben, also ebenfalls eine Klasse bilden. Die Interessen dieser beiden Klassen stehen sich diametral gegenüber: die eine, die proletarische Klasse strebt nach der Beseitigung ihrer Ausbeutung durch das Unternehmertum, Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, und die andere nach Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft, nach schrankenloser Ausbeutung der Arbeiter. Es gibt heute gewisse „Aufsozialisten", die da sagen: können diese beiden Klassen sich nicht auf einer „mittleren Basis" einigen, verständigen, um in Harmonie und Freundschaft zusammenzuarbeiten? Läßt sich denn dieser Klassenkampf nicht vermeiden? Nehmen wir mal an, nach der Idee dieser Leute, die Vertreter dieser beiden Klassen setzen sich an den Verhandlungstisch, um einen „Mittelweg" zu finden, ein Wirtschaftssystem zu entdecken, das den Interessen beider entspricht. Es würde sich herausstellen, daß es einen solchen Mittelweg nicht gibt; denn hier handelt es sich nicht um Zugeständnisse des einen Teiles an den andern, sondern einfach um das Prinzip. Und es gibt es eben nicht, daß wir weder Aufrechterhaltung oder Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft; ein Drittes ist von Anfang an ausgeschlossen. In diesen Prinzipienfragen handelt es sich um ein Entweder-Oder: Beseitigung oder Verewigung der kapitalistischen Wirtschaft, und Beseitigung oder Verewigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, weil sich dieser als Klasse nicht aufgeben. Schon diese kurze Betrachtung zeigt uns, daß eine Ueberbrückung der Klassengegensätze unmöglich ist. Aus dem Klassengegensatz folgt mit zwingender Notwendigkeit der Klassenkampf.

Was bedeutet nun der Klassenkampf? Bürgerliche Ignoranten und Demagogen sagen gern, Marx habe den Klassenkampf „erfunden" und dadurch Zwietracht hineingetragen in das Leben gebracht. O nein, der Klassenkampf brauchte von Marx nicht erfunden werden. Klassenkämpfe hat es schon früher gegeben, schon ein paar tausend Jahre, bevor Marx „Erfinder" Marx überhaupt geboren war. Ja: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen" (Kommunistisches Manifest). Der Klassenkampf war da, er brauchte nur in seiner geschichtlichen Bedeutung erkannt zu werden. Und das hat allerdings erst Karl Marx getan; er hat auch hier die Rolle des Entdeckers gespielt, nicht die des Erfinders. Die Marxsche Geschichtsauffassung gipfelt in dem Satz: Die Triebkraft der geschichtlichen Entwicklung bildet der Kampf der gesellschaftlichen Klassen. Zu allen Zeiten (seit dem Ende des Urkommunismus) hat es verschiedene Gesellschaftsklassen gegeben, die miteinander im Kampfe standen, und in diesen Kämpfen der Klassen ist, wenn wir von der „Notwendigkeit" der geschichtlichen Entwicklung absehen, die wesentliche Triebfeder allen geschichtlichen Fortschritts, der „Bewegungsgrund" der Geschichte zu erblicken. Im Altertum waren es die Sklaven und Plebejer, im Mittelalter vornehmlich die Ritter und die hörigen Bauern, in der neueren Zeit das „aufstrebende Bürgertum, die gegen die herrschenden Klassen ankämpften, und unsere Zeit erhält ihren Inhalt durch den gewaltigen Klassenkampf zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse.

Nun wird mancher indifferente Arbeiter einwenden: „Ja, in der Schule haben wir doch von all dem so gut wie garnichts gehört. Da hat man nichts von den Kämpfen der Klassen erzählt, sondern nur von denen der Völker. Das ist richtig: in der Tat ist die Schule sich gehütet, den Klassenkampf als den Hebel der geschichtlichen Entwicklung anzuerkennen. Unsere Schule ist nur ein Werkzeug in den Händen der herrschenden kapitalistischen Mächte (Kapitalismus, Militarismus und Kirche), und haben es verstanden, Geist und Seele der Proletarierkinder nicht auf den Klassenkampf, sondern auf den nationalistischen, imperialistischen Völkerkampf einzustellen. Um diese Gefahr zu bannen, muß man jeder Proletarier loszeißen. Wir dürfen das Wesentlichste in der Geschichte nicht mehr darin sehen, daß etwa gelegentlich Deutsche und Franzosen miteinander kämpften, sondern darin, daß ständig eine unterdrückte Klasse mit einer herrschenden, z. B. in unserer Zeit das Proletariat mit der Bourgeoisie, im Kampfe liegt. Es stehen tatsächlich nicht deutsche Bourgeois und deutsche Arbeiter im gemeinsamen Kampfe gegen französische Bourgeoisie und französische Arbeiter, sondern umgekehrt: die deutschen Arbeiter sind Bundesgenossen der französischen, englischen Arbeitern usw. kämpfen gegen die ihrerseits verbündeten deutsche, französische und englische Bourgeoisie, das internationale Proletariat gegen das internationale Kapital. Dieser gewaltige Kampf, im Internationalen Maßstabe, der für die proletarische Klasse um so, wenn auch nach einer Reihe Rückerfolge und Niederlagen, endeh kampf mit dem vollständigen Siege des Proletariats, dieser ungeheure geschichtliche Faktor: internationaler Klassenkampf;

das ist mit die wichtigste Lehre der materialistischen Geschichtsauffassung.

Wir haben nun den aus dem jeweiligen Stand der Oekonomie sich ergebenden Klassenkampf in seiner geschichtlichen Notwendigkeit kennen gelernt. Die Frage, von der wir dabei ausgingen, ist aber bisher unbeantwortet geblieben: die Frage nach den Verhältnissen der technisch-ökonomischen „Basis" zum juristisch-ideologischen „Ueberbau". Auf dieses Problem wollen wir jetzt eingehen. Zu jeder Zeit und in jedem Lande ist von der Klassen, die miteinander ringen, eine die herrschende, die immate ist: 1. ihren Klasseninteressen das staatliche Leben (Gesetzgebung und Verwaltung) dienstbar zu machen; und 2. der Kultur, den Anschauungen, den Ideen der Zeit ihren Stempel aufzudrücken. Was bedeutet das? Zunächst wird eine wirtschaftlich herrschende Klasse, etwa eine Klasse, die sich im Besitz der Produktionsmittel befindet, darauf bedacht sein, ihre Vormachtstellung auch rechtlich zu sichern, mit Rechtsgarantien auszustatten. Das tut sie, indem sie mit Hilfe ihrer ökonomischen sich auch „die politische Vorherrschaft erzählt und so den entscheidenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung verschafft. Hat sie das erreicht, so wird sie dafür sorgen, daß die Gesetze, die erlassen werden, ihr zugute kommen, daß sie ihre Herrschaft festigen und, wenn möglich, noch ausdehnen. Die Arbeiter müssen sich endgültig freimachen von der Einbildung, daß eine Regierung die Interessen des ganzen Volkes vertrete, daß der Staat der Sachverwalter der ganzen Nation sei. Nein: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet" (Kommunistisches Manifest). Eine von der Bourgeoisie in den Sattel gesetzte Regierung wird nicht daran denken, und kann auch nicht daran denken, Gesetze zugunsten der Arbeiter zu erlassen. Es ist ein Unfug, von einer kapitalistischen Regierung proletarische Forderungen durchgesetzt zu erhalten. Die Steuergesetzgebung ist eine große Fundgrube von Beweisen, die große Masse muß die Steuern aufbringen, während die besitzende Klasse davon möglichst verschont bleibt. Dieser kommen die indirekten Steuern, die in Wirklichkeit eine ungeheure Aufpowerung der großen Masse sind. Wir sehen, wie jede herrschende Klasse ihre Macht mit Hilfe des staatlichen Apparates zu sichern und auszunutzen bestrebt ist: sie gibt ihr die Gesetze des öffentlichen Lebens, Justiz, Schule, Verwaltung usw. —

(Fortsetzung folgt.)

Achtung! Ortsgruppen und Postbezieher Achtung!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Wir ersuchen um sofortige Abrechnung. Bis zum 16 Juni muß die KAZ. bis einschließlich Nr. 43 und Proletarier bis Nr. 7 abgerechnet sein. Rückstände über diese Nummern hinaus haben nach Ablauf dieser Frist unbedingt Einstellung der Belieferung zur Folge, solang bis Abrechnung erfolgt ist. — Genossen beachtet diesen Mahnruf und kommt sofort Euren Pflichten nach. — Durch erneute Druckpreiserhöhung ist die KAZ wiederum finanziell belastet, sodaß säumige Abrechnung eurerseits das Erscheinen der Zeitung in Frage stellt. — Ferner weisen wir erneut darauf hin, daß die Abrechnungen für „KAZ" und „Proletarier" nur auf unser Postscheck-Konto, Berlin NW 7, Nr. 49029 erfolgen soll. Dazu sind die beiliegenden Zahlkarten zu benutzen. Genossen sorgt durch rege Propaganda für weiteste Verbreitung der KAZ und Proletarier.

Die Verdienste Gallicet-Severing's

Anläßlich des 50. Geburtstages des sozialdemokratischen Innenministers von Preußen, Karl Severing, stimmt die Berliner „Vossische Zeitung" vom 29. Mai 1925 folgenden Lobgesang auf diesen „Arbeiterführer" an:

„In der Revolutionszeit ist selbstverständlich er in Bielefeld der nun allein maßgebende Mann, und er ist es, den man auf den sehr schwierigen, ungeheuer viel Takt, Klugheit und Energie erforderanden Posten des Reichs- und Staatskommissars für Rheinland-Westfalen stellt. Hier hat er, als der Kapp-Putsch zusammenbrach und die rote Armeen aus dem Boden wuchsen, mit dem ganzen Einsatz seiner Persönlichkeit sich der riesengroß aufsteigenden Gefahr des grausamsten Bürgerkrieges im Arbeiterrevier entgegengeworfen. Es ist ausschließlich sein Werk, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft damals sich von der roten Armee absonderte, daß die Reichswehr widerwillig eine vorläufige Taktik gegenüber den „schmutzigen" gebotenen militärischen Katastrophenpflichten einschlug, und daß durch die Isolierung der Kommunisten und damit durch verhältnismäßig schnelle Niederwerfung der Aufstandsbewegung verhindert wurde, daß das Industriegebiet in Flammen aufging und Sabotage dem deutschen Bergbau unermeßliche Schäden zufügte.

Sein Werk war später das in der deutschen Außenpolitik und in der Ernährungswirtschaft so erfolgreich eingesetzte Ueberschlotteinabkommen der Bergarbeiter, mit denen nur er persönlich verhandeln konnte, weil sie zu ihm restlos Vertrauen hatten.

Sein Werk war der schnelle Zusammenbruch des mitteldeutschen Kommunistenaufstandes, der bei den Plänen, wie sie von anderer Seite in der Abwehrtaktik entworfen waren, durch Mitreißung der ganzen übrigen, nichtkommunistischen Arbeiterschaft naturnotwendig zu Fürchterlichem geführt hätte.

Sein Werk ist der Aufbau und der Ausbau der preußischen Polizei, eines Körpers von 80 000 Mann, die heute im großen und ganzen eine zuverlässige Waffe der Republik darstellen."

Die Krise bei Stinnes

Das industrielle Warenhaus, der Stinnes konzern, der hauptsächlich in der „Hugo Stinnes AG. für Seeschiffahrt und Ueberseehandel" und der „Stinnes G. m. b. H. Hamburg" verhörpert ist, dem neben riesigen Hüttenwerken, Kohlenbetrieben und anderen Montanunternehmen u. a. die „Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union", die „Stinnes-Riebeck-Montan- u. Oelwerke Halle" angegliedert sind, der weitläufige Oelausbeuten in Südamerika betreibt, Tankflotten und Oelfandelsgesellschaften, 4 Ueberseeredereien, 25 Binnenseeschiffahrtsgesellschaften, Werften, eine Anzahl der größten internationalen Hotels, Papierfabriken, Zeitungen, Buchverlage, Korrespondenzbureaus in halb Europa dirigiert und insgesamt weit über ein halbes Tausend Industrieunternehmen beherrscht, dieses in alle Industrien und Finanzinstitute verflochtene Kapitalsgebilde kommt nunmehr in das akute Stadium der kapitalistischen Weltkrise.

Der Stinnes konzern sucht um die Hilfe der Reichsbank und der Großbanken nach.

Lumpige 100 Millionen können das kunstvolle Gebilde noch auf einige Zeit ins chronische Stadium der Krise „retten".

Was dieser Riesenkrach für das gesamte internationale Kapital bedeutet, kann der nicht auch nur annähernd ermessen, der die ungeheure Verzweigung der Stinnesgeschäfte nicht genauer kennt.

Die von uns lange erkannte und immer wieder betonte unüberwindliche internationale Kapitalskrise ward bisher zum Teil noch mit unverschämter Frechheit gegenüber den von uns erbrachten unwiderleglichen Beweisen von „führenden" Wirtschaftlern und Nationalökonomen abgeleugnet. Jetzt, nachdem der „Brotgeber" uns Straucheln kommt, warnen sie vor einer „möglicherweise damit beginnenden sehr ernsthaften allgemeinen Krise", wie es der verlogene Schmierfink im lügengewöhnten „Vorwärts" tut.

Sollten die Stützungsaktionen des Reiches und der großen an ihrem Fall hängenden Finanziers nicht mehr helfen, nichts mehr hinhalten können, so stürzen natürlich die großen industriellen Unternehmen, wie die Siemenswerke usw. in sich zusammen und begraben Hunderttausende von Arbeitern unter sich. Diese Sturzwelle müßte weitere Wellen ziehen und fernerstehende Unternehmen ins Wackeln bringen, um so unabsehbare Folgen für das Proletariat zu zeitigen.

Die evtl. Unmöglichkeit des Stinnes konzerns, die vom Auslande bezogenen Kredite zurückzuzahlen, würde natürlich auch im Auslande Fallsismen nach sich ziehen, die die profitable Kreditfrendigkeit des Auslandes stark erschüttern müßte. Was das für die kreditlungrige Industrie Deutschlands im besonderen bedeuten würde, braucht wohl nicht besonders betont werden; jedenfalls eine aufs stärkste forcierte Verschärfung der Krise.

Arbeitsbrüder! Es wird immer dringender, daß wir uns in der Klassenorganisation zusammenfinden, die keine andere Aufgabe hat, keine anderen Ziele kennt, als dem wankenden Kapital so schnell als möglich den Todesstoß zu geben, um den Kommunismus, die gesicherte Existenz aller Schaffenden zu sichern.

Nur die Bruderorganisationen der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Kommunistischen Arbeiter-Partei können den Sturz des Kapitals vorbereiten, weil alle anderen Organisationen Stinnesblut in sich haben und versteckte Organe des Kapitals sind.

Notizenecke

„Rote Fahne" am Montag, den 8. Juni:

Rote Arbeiter-Sportler an die Welt.

Mit Hilfe verschiedener Organisationen aus Leningrad wird das Segelboot „Roter Stern" fertiggestellt. Dieses Boot soll Ende Mai eine Weltreise antreten, die etwa 2½ Jahre dauern wird.

Die Politik Rußlands

und die Konsequenzen für die III. Internationale und deren Sektionen

II. Die russische Außenpolitik und ihr Verhältnis zum internationalen Proletariat.

Fassen wir die Einzelheiten im vorigen Aufsatz erzählend zusammen, so ergibt sich folgendes tatsächliches Bild:

Die Revolution eines Landes wird nicht tödlich durch die sie bedingenden Kräfte des betreffenden Landes bestimmt. Sie spielt sich trotz ihres nationalen Ausgangspunktes im internationalen Maßstab ab und bleibt nicht ohne internationale Auswirkungen. Je nach der Stärke dieser Auswirkungen wird ihr Ausgang sein. Er wird bestimmt durch diesen Rückwirkung. Die russische Oktoberrevolution wurde durch die militärische Lage Rußlands entscheidend beeinflußt. Der Druck des entfesselten Weltkrieges schuf erst die Voraussetzungen für die Klassenauseinandersetzungen innerhalb des zaristischen Riesenreiches. Die Klassenscheidung in Rußland selbst war die in einem Agrarland gegebene. Im nationalen Maßstabe war die brennendste Frage die Agrarfrage. Vom internationalen Gesichtspunkt die der kommunistischen Revolution, die sich gegen jedes Privateigentum richtet. Zwei Klassen: das Proletariat und die Bauern kämpfen gegen den Zarismus. Die Arbeiterklasse kämpfte im internationalen Sinne gegen jedes Privateigentum; die Bauernklasse für den Privatbesitz an Land, also für Privateigentum. Das Bauerntum war im nationalen Sinne die überwiegende Mehrzahl. Das Proletariat hingegen war im internationalen Sinne den Bauern überlegen, — sofern das internationale Proletariat die russische Revolution als seine ureigenste Angelegenheit auffaßte. Wie weit das geschehen ist, ist heute klar zu übersehen. Das Proletariat Westeuropas ist über eine kurzlebige Ekstase nicht hinausgekommen, und hat so selbst die Entscheidung gegen die proletarisch-kommunistische Revolution mit herbeigeführt. So blieb die

Groß-Berlin: Freitag, den 12. Juni in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

nicht nützten, blieb die russische Revolution im internationalen Sinne ein Glied der historischen Entwicklung, genau wie die Pariser Kommune, wie die ungarische Revolution. Sie endete wie diese als eine Niederlage in der Kette des Befreiungskampfes des Proletariats. Wie jeder niedergeworfenen Erhebung, folgte auch auf die russische Revolution die Reaktion. Man nennt sie in Rußland „Nep". — Und dieses Rußland tritt erneut als imperialistischer Rivale auf die internationale politische Bühne. Die imperialistische Außenpolitik ist die logische Konsequenz der kapitalistischen Innenpolitik.

Dieses heutige Rußland hat allerdings eine revolutionäre Tradition. Und jeder Staat ist bestrebt, im Kampfe mit seinen imperialistischen Rivalen alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden. Die 3. Internationale ist die Organisation, die Rußland zur Verfügung steht, um die der dritten Internationale folgenden Arbeiter einzusammeln für die russischen Interessen. Rußland kann bei seiner geographischen Lage leicht von Revolution reden. Rußland ist der Gefahr einer revolutionären Infizierung zurzeit ausgesetzt! Die „Rote Armee" als die Armee, die das in Rußland heilige Privateigentum zu verteidigen und die Ordnung der Ausbeutung aufrecht zu erhalten hat, ist heute keine wilde Garde mehr, die auf Befehl und losgelöst von ihren gesellschaftlichen und ökonomischen Fundamenten verwendet werden kann. Wenn die Arbeiter in Westeuropa zur Revolution schreiten, so liegt in Rußland dafür heute kein Bedarf vor. Der russische Bauer will sein Land behalten, seine Produkte teuer verkaufen, will billige Machtpreise haben. In keinem Lande sind die Klassengegensätze so wenig zugespitzt, wie in Rußland! Rußland steht in einer Revolution eines anderen Landes nur die damit verbundene Schwächung seiner imperialistischen Rivalen! Und, wäre etwa dem flügellahmen deutschen Kapitalismus eine Schwächung seines französischen oder englischen Rivalen nicht so sehr erwünscht? Wenn auch alle Dinge ihre zwei Seiten haben, so ist die heutige internationale Lage doch die, daß durch das ausbrechen eines Steines aus dem künstlich errichteten internationalen Bau sich die gesamte Lage ändert. In diesem Sinne fordert Rußland von dem internationalen Proletariat weiter nichts, als den Kampf gegen den „Weltimperialismus". Diesen Kampf führt — im imperialistischem Sinne — jeder Staat in der Welt. Diesen Kampf kämpft auch das deutsche Kapital! Das Geschrei der KPD., daß die Hakenkreuzparteien und die Deutschnationalen das Vaterland verraten, besagt doch wirklich genug. Man stelle sich nur eine Lage vor, wo das deutsche Kapital, durch irgendwelche Faktoren der Weltpolitik veranlaßt, den Bruch mit der Entente herbeiführte, sich mit Rußland „verbünden" würde — eine der Hauptparolen der KPD. —; dann würde jeder Arbeiter sehen, wo er wirklich steht. Denn damit fiele, und — nach russischem Rezept — fällt damit auch der Kampf gegen die mit Rußland verbündete Regierung. Der Burgfriede ist da. Das Wort „Nationalrevolutionär" bekommt realen Inhalt. Der Ruhrkrieg hat bewiesen, daß Rußland ernst meint, was es fordert, und Geld genug hat, Leute zu finden, die dies den Arbeitern als revolutionäre Tat aufschwätzen. Es ist eine Frechheit sondersgleichen, das Geschwätz der französischen KP.-Parlamentarier auf eine Stufe zu stellen mit der Haltung Karl Liebknechts. Wo hat Karl Liebknecht einer „Nation" das Recht eingeräumt, einen „Verteidigungskrieg" zu führen? Seine Stellung war: Der Krieg kann nur bekämpft werden durch den Kampf gegen die eigene Regierung im eigenen Lande! „Es gibt keine fremde Macht, der ein Sozialist Vorschub leisten kann!" Der Standpunkt Karl Liebknechts, des revolutionären Proletariats, ist der Klassenkampf gegen das internationale Kapital, nicht die Unterstützung eines Teils der kriegführenden Partei gegen die andere. Denn es wird sich auch in Marokko erweisen, daß hinter den Rifkabylen englischer Einfluß steckt und die Maulaufreißer der französischen KP. weiter nichts waren, als Helfershelfer des Frankreich umlauernden imperialismus.

Weil die Arbeiterklasse mit ihrem Begriffsvermögen hinter der Geschichte herläuft, weil das Proletariat noch nicht in der Lage ist, die sich aneinanderziehenden Faktoren der Entwicklung in ihrem Flusse zu analysieren, nicht sieht, daß sich jedes Ding in sein Gegenteil verkehren, noch nicht denken gelernt hat, ist es trotz der Lehre von Marx und Engels 1914 der sinnlos oberflächlich-nationalistischen Propaganda erlegen, und hat, im guten Glauben einer guten Sache zu dienen, sich selbst massakriert und zehn Millionen seiner eigenen Klassengenossen abgeschlachtet und zu Grunde gerichtet.

Wenn das internationale, vor allen Dingen das deutsche revolutionär empfindende Proletariat nicht rechtzeitig die ihm von Rußland um die Augen gelegte rote Brille abwirft, läuft es Gefahr, daß es noch einmal an der Seite einer imperialistischen Machtzrupperung dieses Spiel fortführt, und, statt sein eigenes Ziel, dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen, sich vollständig vernichtet.

Dann ist es auch nicht schade drum!

Wirtschaftspolitischer Rundblick

(Referat auf der Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg.)

In den Zeiten vor dem Kriege galten die Sommermonate in der politischen Bewegung allgemein als die Sauregurkenzeit. Wenn wir unparteilichkeit die Welt betrachten, können wir das gerade Gegenteil feststellen. Die Ereignisse, die sich auf der Weltbühne abspielen, sind die Sturmvögel einer herbeibrechenden Welle einer furchtbaren wirtschaftlichen und politischen Großkrise.

Die Londoner Konferenz

gilt allgemein als ein Wendepunkt in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Weltkapitals. Mit dieser Konferenz und dem Dawes-Pakt setzte eine neue Periode der Wiederaufbauversuche ein. Den gewaltsamen politischen Wiederaufbauversuchen wurde ein Ende gemacht, und das Primäre, die Wirtschaftsnotwendigkeiten, wurden in den Vordergrund gerückt. Diese Wiederaufbaupolitik war nur möglich bei einer Steigerung der Ausbeutung.

Man betrachtete diese Wandlung unter den Schlagwortparolen in der Wirtschaft „für die Gesundungskrise", in der Politik „für Demokratie und Pazifismus". Es galt, in der allgemeinen Zersetzung der Weltwirtschaft und der damit verbundenen Politik eine Ausgleichung zu schaffen.

Was können wir heuet als Bilanz der Politik der Konferenz feststellen?

Die Aera der Demokratie ist vorbei. Die Gesundungskrise ist in die Krise der Gesundung, und der Pazifismus ist in die Entfaltung des kriegerischen Imperialismus umgeschlagen.

Diese Entwicklung zeigt sich, im Weltmaßstabe. Von einer Festigung der Dinge, wie sie die Londoner Konferenz vorsah, kann keine Rede sein. Doch zeigt sich diese Entwicklung nicht überall in gleich starkem Ausmaße. Sie ist nach den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen der einzelnen Staaten durchaus verschieden.

Am stärksten hat Europa von allen Kontinenten im Kriege gelitten, weil es vor dem Kriege die Werkstatt der Welt war. Amerika hat im Kriege Europa durch die Entfaltung seiner Industrie überflügelt. Ferner hat die Industrialisierung der Halb- und Ganzkolonien, die Gründung von neuen Produktionsstätten in allen Teilen der Welt zu neuer Konkurrenz auf dem Weltmarkt geführt.

Selbst die Chemische- und Textilindustrie Europas ist in ihrer führenden Rolle stark bedrängt. Dazu kommt das durch die steigende Bedeutung des Erdöls als Grundstoff der Produktion, Amerika gegenüber der alten Welt einen bedeutenden Vorsprung besitzt.

Alle Staaten Europas, außer Frankreich und England, zeigen eine beständige Abnahme der Produktion und des Handels.

So hat z. B. im Vergleich 1913 mit der Entwicklung von 1921—23, Deutschland um 140 v. H., Belgien 37 v. H., Italien 24 v. H., Spanien 44 v. H., Niederlande 145 v. H. seine Ausfuhr verringert. Der Metallverbrauch Europas ist um 90 v. H. zurückgegangen, die Welterzeugung Europas an Roheisen und Stahl 1913 im Vergleich zu 1923 um 65 v. H. Wir sehen hieraus also einen allgemeinen Niedergang der europäischen Wirtschaft. Im besonderen hat derselbe die Eisen- und Textilindustrie erfaßt. Dies sprechen nicht nur Proletarier, sondern auch die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker aus.

Um den Niedergang Europas aufzuhalten, fand vor einigen Tagen im Herrenhause eine paneuropäische Konferenz statt. Die in einem friedlichen Zusammenschluß aller europäischen Staaten zu einem Wirtschaftsbund eine erlösende Rettung vorschlugen.

Wovon wir hier im allgemeinen gesprochen haben, das zeigt in einzelnen Ländern besonders krisenhafte Zustände. England hat zwar versucht, durch die Konsolidierung der inneren und äußeren Kriegsschulden die Krise zu überwinden. Trotzdem kommt es aus der chronischen Dauerkrise nicht heraus. Im besonderen in seiner Maschinen- und Textilfabrikation, mit der es die ganze Welt beherrschte, Amerika, Aegypten und Indien, seine ausgiebigsten Handelspole, sind durch den Krieg fast vollkommen ausgeschaltet worden. Wir erinnern an den Artikel im „Proletarier", Nr. 7.

Was uns jedoch ganz besonders interessiert, das ist die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands seit der Londoner Konferenz. Die Anleihen schaffen in Deutschland eine sogenannte Stabilisierung. Es trat zunächst eine teilweise Konjunktur der einzelnen Industrien ein. Der Vorwärts und mit ihm die Massen schwärmten von der Dollarsonne. Die Wirkungen dieser Dollarsonne machten sich jedoch im Laufe der Entwicklung bald bemerkbar. Wir befinden uns eben nicht in einer Teilkrise, sondern in einer Weltkrise. Bemerkbar machte sich die tatsächliche Wirkung in der vor einem Monate einsetzenden Textil- und Kohlenkrise und durch die zahlreich in Erscheinung tretenden Bankerotterklärungen alter Handels- und Industriefirmen. Die Kohlenvorräte auf den Halden, die im vorigen Monat auf 8 Mill. Tonnen gemeldet wurden, häufen sich immer mehr. Feierschichten und Zechenstillegungen in steigendem Maße ist das Ergebnis.

Alles dies war aber nur ein Wetterleuchten am Krisenhimmel für den Wirtschaftszusammenbruch. Jetzt hat es eingeschlagen.

Der größte europäische Konzern, der Stinneskonzern, ist in Schwierigkeiten. Dieses Industrieunternehmen, das den ganzen Wirtschaftsprozeß tonangebend beherrscht, ist durch die Weltkrise, die Unterbindung des Weltmarktes in Schwierigkeiten geraten, es droht ein großer Zusammenbruch. Der ganze kapitalistische Block Deutschlands befaßt sich mit dieser Angelegenheit. Alle großen Kreditinstitute sind schnell zur Stützungsaktion zusammengetreten. Es gilt nicht nur die Ehre des Stinnesunternehmens zu retten, sondern die Stützung der ganzen deutschen Wirtschaft die Ehre der scheinbaren Stabilisierung. Es gilt den logischen Weg der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die neue Selbstvernichtungskrise zu verschleiern.

Mit diesem Fall Stinnes (der in der Spekulation des Erdöltrusts im Kampf um den Weltmarkt zu suchen ist, obwohl die näheren Angelegenheiten verschwiegen werden. D. Red.) ist die Krise der Gesundung aus dem Schleichenden in das akute Stadium getreten. Er ist das Signal zu einer deutschen Großkrise, einer Deflationskrise, wie der „Vorwärts" vom Sonnabend, den 6. Juni, sich ausdrückt. Die Deflationskrise im Gegensatz zur Inflationskrise.

Volkswirtschaftlich wurde diese Krisenperiode geboren mit Abschluß der Inflation. Der Abschluß der Inflation wurde erzielt mit dem größten Staatsbankrott, den es je in der Geschichte gab. Durch das Verhältnis von 1000 zu 1 wurde die 200 Papiertrillionen-Schuld in 200 Goldmillionen Schuld umgewandelt.

Die Inflation, als Gewinnquelle des Kapitals, macht sich heute bemerkbar. Das Kapital hatte die Inflationswirtschaft zur ungeheuren Entfaltung der Betriebsanlagen benutzt. Die Vergrößerung des konstanten Kapitals um rund 50 v. H. war zwar als scheinbarer Gewinn der Inflation zu verzeichnen. Die verringerten Absatzmöglichkeiten offenbarten jedoch keine Mehrwertbildung in Produktivität dieser Kapitalserweiterung, sondern eine folgerichtige Wertzerstörung der Produktionsanlagen. So sehr die Erweiterung der Produktionsanlagen durchgeführt wurde, so sehr ist dem gegenüber die Verteilung der Wirtschaft die Mehrwertschaffung, die Produktivität zurückgegangen und damit die Deflation erweitert. Der Fall Stinnes ist der Beginn der akuten Deflation. Das Kapital sieht diese Selbstvernichtung. Nun ist heiliger Rat teuer. Man will Maßnahmen ergreifen, den totalen Zusammenbruch zu verhüten, jedoch werden sie sich bei den Zusammenhängen der gesamtkapitalistischen Wirtschaft nur als Illusionen erwirken. Man kann evtl. den Prozeß noch verzögern, indem man von den eigenen Substanz dahinvegitiert, aufheben kann man ihn nicht. Es ist müßig darüber zu prophezeien, wie lange diese Periode dauert. Die Wirkung der Deflations-Krise wird vielleicht etwas langwieriger sein, sie wird aber an Schärfe der Inflation in keiner Weise nachstehen, evtl. wird sie noch entscheidenden schärfere Formen annehmen. Wenn auch das Tempo der Verdichtung verlangsamt wird, die Weltkrise ist damit keineswegs behoben, sie ist die allgemeine chronische Wirtschaftskrise. Als solche macht sie nach dem Vergleich vom „Vorwärts" der Zeitepoche nach den napoleonischen Kriegen, die auch gleich dem letzten als Weltkrieg zu stellen haben, auch nach diesen setzte eine Weltkrise ein, die über 40 Jahre andauerte, die aber gleich scharf wie die heutige ins gesamte Wirtschaftsleben einschnitt und den allgemeinen Umwälzungsprozeß förderte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Bericht von der Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 7. Juni 1925, vorm. 10½ Uhr, wurde die Konferenz eröffnet. Die Tagesordnung lautete: 1. Politische Lage. 2. Organisatorisches. Bericht aus den Ortsgruppen. 3. VRUK. 4. Jugend. 5. Zentral-Ausschußsitzung. 6. Verschiedenes.

Anwesend waren die Ortsgruppen Berlin, Forst, Potsdam, Teltis, Müncheberg, 21. Bez. (Nowawes), Reichsausschuß der Jugend, Berliner Arb. Ausschuß-Jugend, Zentrale der Partei, Arbeitsausschuß der Partei 2Zer Komm. der Union, Arbeitsausschuß der Union, Redaktionen der „KAZ." und „Kampfruf" sowie VRUK.

Zum ersten Punkt referierte ein Genosse in umfassender Weise über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der gesamten Welt, wovon wir an anderer Stelle noch näheres wiedergeben werden. Das Referat wurde mit großem Interesse aufgenommen.

Zum 2. Punkt gaben die einzelnen Ortsgruppen ihre Berichte, woraus im Allgemeinen zu entnehmen war, daß das politische Interesse der Arbeiterklasse im augenblicklichen Moment sehr gering ist.

Lebhaft wurde die Frage des Kirchenaustritts diskutiert. Man kam darin überein, daß es nicht nur allein auf die formelle Lossagung von der Kirche ankomme, sondern daß auch die offizielle Loslösung damit gleichlaufend sein muß.

In Bezug auf Neuaufnahmen sprach man sich dahin aus, daß in Zukunft keine Proletarier aufgenommen werden, die nur aus Billigkeitsgründen zu uns kommen. Zumindestens müssen Proletarier, die zu uns kommen, den Willen zur Revolution und organisatorischen Mitarbeit, jeder nach seinen Kräften, mitbringen.

Zum Punkt VRUK gab ein Genosse Bericht über die Verhältnisse der politischen Gefangenen in Gefängnissen und Zuchthäusern und ermunterte die Konferenz, alle Sammlungen auf das höchstmöglichste Maß zu bringen, um den Genossen hinter den Zuchthausmauern Zuwendungen zu geben, um so das Band der Solidarität dauernd zu erhalten.

Ein Jugendgenosse gab Bericht von der Bewegung der K. J.

Zur Zentralausschußsitzung werden den Ortsgruppen noch besondere Rundschreiben geschickt werden, zu welchen sie dann Stellung nehmen können.

Die Konferenz gab ein gutes Bild. Die einzelnen Genossen waren sich der großen Schwierigkeiten wohl bewußt, welche der organisatorischen Erweiterungen beider Organisationen im Interesse der Revolution, im Wege stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus werden auch unsere Genossen dieselben überwinden können.

Mögen vorläufig noch SPD. und KPD. innerhalb der Arbeiterklasse eine Rolle spielen, so ist das Mißtrauen der Arbeiterklasse auf der anderen Seite im Wachsen begriffen. Sorgen wir dafür, daß den Arbeitern zum Bewußtsein gelangt, welche Komödiantenrolle die KPD. und Lakaienrolle die SPD. spielt.

Mit Hilfe von „KAZ." und „Kampfruf" sowie des „Proletarier's" und unserem großen Verbündeten, die Entwicklung, muß es uns gelingen, in die politische Interessenlosigkeit des Proletariats Bresche zu schlagen. Ist erst einmal wieder Bresche im Proletariat gelegt, wird wieder politisch diskutiert, dann werden sich erst die Auswirkungen unserer heutigen Propaganda zeigen. Erst säen, dann ernten. Wenn die Konferenzteilnehmer erkannt haben, daß nur mit aller Zähigkeit und Ausdauer auf diesem steinigen Boden trotzdem die Saat fruchtbringend angelegt werden kann, so wird auch die letzte Bezirkskonferenz uns einen Schritt weiter gebracht haben.

Mitteilungen

RHEINLAND-WESTFALEN.

Wirtschaftsbezirk Rheinland und Westfalen.

Achtung Ortsgr. der AAU.

Der BAA. beruft für den 18. und 19. Juli, abends 7 Uhr, nach Düsseldorf eine außerordentliche Bezirkskonferenz ein. Die provisorische Tagesordnung ist folgende:

Tagesordnung:

1. Organisatorisches. a) Tätigkeitsbericht des BAA. b) Bericht der Ortsgruppen. c) V. R. U. K.
2. Die Gesamtlage der Orz. im Bezirk und ihre Aufgaben.
3. Allgemeines.

Alle Anträge zur Bez.-Konferenz sowie Aenderungsvorschläge zur prov. Tagesordnung müssen bis 1. Juli in Händen des BAA. sein. BAA. Rhl. u. Westf.

GROSS-BERLIN.

Achtung!

Morgen Donnerstag, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Laden, Warschauer Straße, gemeinsame Sitzung der Arbeitsausschüsse der Partei und der Union und der Presse.

Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

Achtung! Arbeitsausschuß der Partei und AAU.

Freitag, den 19. Juni, komm. Sitzung in der Schule Gipsstraße, abends 7,30 Uhr. — Daran haben sämtliche Referenten und Diskussionsredner teilzunehmen.

2. Unterbezirk. (Moabit.) Am Freitag, den 12. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal von Oelschläger, Berlichingenstraße 5, wichtige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Politische Lage. 2. Organisation und Revolution. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Sympathisierende sind einzuladen.

Achtung! Achtung!

14. Bezirk (Neukölln).

Freitag, den 12. Juni 1925, Mitgliederversammlung bei Dausacker, Zietenstr. 35. Beginn einer Vortragsreihe über: Wirtschaftswerden und Wirtschaftswesen.

Beginn pünktlich ½8 Uhr.

Die Genossen der BO. und Sympathisierende sind eingeladen. Die Bezirksleitung.

Achtung! 16. Unterbezirk (Köpenick). Die Mitgliederversammlung am Freitag, den 12. Juni, findet in Köpenick, Radawer Str. 21, abends 8 Uhr, statt. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Genossen müssen erscheinen. Grünau, Mahlsdorf, Adlershof werden hiermit besonders aufgefordert.

19. und 20. Bezirk. Freitag, den 12. 6. 25, Mitgliederversammlung am Bahnhof Schönholz Ecke Sommer- und Seebeckstraße. Außerordentliche Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Achtung! Pressekommission: Die Sitzung findet wie festgesetzt, wieder jeden Montag abends 7 Uhr, an bekannter Stelle statt. Jedes Mitglied der Pressekommission hat unbedingt pünktlich zu erscheinen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Scherneil, Berlin.
Druck: Willy Isadsnat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 46

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1925
Alle Zeitungen und Postzeitungslisten, Berlin NW 7, Nr. 494 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats

Der Kapitalismus baut ab!

Stillegungen in der deutschen Industrie

Recklinghausen, 10. Juni. (WTB.) Die Lage der Zeche General Blumenthal hat sich in den letzten Monaten infolge der Absatznot derartig ungünstig gestaltet, daß die Verwaltung beim Demobilmachungskommissar Entlassungen größeren Umfanges beantragen mußte. Die bereits verfügte Entlassung von 100 Arbeitern wurde genehmigt; zum 2. Juli werden noch weitere 850 Arbeiter einschließlich Beamte zur Entlassung kommen. In der Verhandlung mußte man sich von der Notwendigkeit dieser Entlassungen auf Grund der vorgelegten zahlenmäßigen monatlichen Unterbilanzen der beiden Schichte überzeugen. Es wurde mitgeteilt, daß von der Zeche Blumenthal seit Monaten außerordentlich große Mengen auf die Halden gestürzt werden mußten.

Hörde, 11. Juni. Die Verwaltung der Zechen „Freier Vogel" und „Unverhofft" in Schüren, „Admiral" in Wellinghofen, „Glückauf Segen" in Wellinghofen und „Gottessegen" in Löttringhausen haben bei dem Regierungspräsidenten in Arnsberg die Genehmigung zur Stillegung ihrer Betriebe beantragt. Insgesamt beträgt die Belegschaft rund 4500 Mann. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen spricht dafür, daß die Entlassung der inbetracht kommenden Belegschaften am 1. Juli d. Js. erfolgt.

Für die beteiligten Gemeinden wird die Stillegung der gesamten vier Zechen geradezu verhängnisvoll werden. Die Aussichten auf Unterbringung des neuen Erwerbslosenheeres sind sehr gering, da auch die Nachbarbezirke unter verschärftem Arbeitsmangel leiden.

Schließung der Reiherstiegwerft

Der Aufsichtsrat der Reiherstiegwerft und Maschinenfabrik in Hamburg hat beschlossen, das gesamte Werk stillzulegen. Die Stillegung erfolgt infolge finanzieller Schwierigkeiten, die schon einige Wochen andauern. Diese Werft ist eine der größten Hamburgs und eine der ältesten Deutschlands. 1923 hat sie ihren Schiffbau durch Gründung der Mannheimer Großmotorenwerke G. m. b. H. (in Verbindung mit Benz) auf die Ausstattung mit selbst erzeugten Oelmotoren umgestellt.

150 000 Arbeiter vor der Entlassung

TU. Recklinghausen, 11. Juni. In der heutigen Verhandlung vor dem Demobilmachungskommissar wurde die zum 15. Juni angekündigte Entlassung von 165 000 Arbeitern genehmigt. Weiter wurde die Entlassung von 850 Belegschaftsmitgliedern einschließlich Beamten zum 1. Juni bewilligt.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Bochum: Wie das Landesarbeitsamt Westfalen mitteilt, betrug die Zahl der wegen Absatzmangel eingelegten Feierschichten in der Woche vom 24.—30 Mai insgesamt 76 718 in 47 Fällen. Wegen Betriebsstörungen mußten 4323 Feierschichten eingelegt werden. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter übersteigt jetzt bei weitem die Zahl der vorhandenen offenen Stellen.

Die Sturmvögel der kapitalistischen Weltkrise brausen durchs Land. Die Zersetzung in der Entwicklung der Profitwirtschaft macht sich bemerkbar. Immer deutlicher wird der Kampf, den das Kapital im Interesse seiner Selbsterhaltung führt. Er ändert am Lauf der Entwicklung nichts, kann ihm zum Mindesten nicht aufhalten. Alle Versuche der Krise aus dem Wege zu gehen, oder sie zu beheben haben das Gegenteil erwirkt. Diese Tatsachen stürzen um so krasser auf die Welt herein.

Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse hat ihr Ende gefunden. Der Dawes-Pakt ist zu einem Dawes-Krach geworden. Die Inflation hat den deutschen Wirtschaftskomplex aufgebläht, heute bekommt der aufgeblähte Apparat seine Risse, denn die Auslandskredite haben ihre Pflicht nicht erfüllen können. Der Ruf nach Steigerung der Produktion ist ohne Inhalt geblieben, denn die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Zwar hat das deutsche Kapital den Versuch gemacht, die bekommenen Kredite im Interesse der Produktivität anzuwenden, jedoch die Weltwirtschaft hat einen anderen Entwicklungsgang gezeigt. **Zur Produktion gehört gleichzeitig der Weltkonsum, die Absatzmöglichkeit.** Die Möglichkeit durch die Inflation den Absatz zu regeln, wurde durch die Stabilisierung auf Grund des Dawespaktes unterbunden. Der Ausgleich durch die Auslandskredite war nur eine Kampfereinspritzung, die stabilisierten Verhältnisse über Wasser zu halten. **Die Absatzmöglichkeiten waren Fata morgana.** Die passive Handelsbilanz war das Ergebnis, das man geboren hatte. Die groß aufgeblähten konstanten Kapitalien stehen vor dem Nichts, sie sind zu stark verschuldetem toten Inventar geworden. Heute zeigt die Krise den Gang der Entwicklung an. Die deutsche Großindustrie offenbart Bankrottwirtschaft. Kaum daß der neue große Zollkrieg begonnen hat, als Mittel, die passive Handelsbilanz mit Gewalt zu unterbrechen, tritt der Zusammenbruch der deutschen Großindustrie an die Oeffentlichkeit. Schon seit Wochen wird aus dem Ruhrindustriegebiet die Wirkung der Weltkrise angedeutet. Immer mehr macht sich die passive Handelsbilanz bemerkbar. Die Kohlenvorräte steigen auf den Halden. Der intensive Ausbeutungsprozeß, der an den Proletariern vorgenommen wird, steigert das rapide anwachsen der Warenvorräte, während die Weltmarktverhältnisse den Warenabsatz ständig zurückdrängen. Das Ergebnis ist Betriebseinschränkung, Betriebseinstellung, Steigerung der Betriebsunkosten und schließlich Bankrotterklärungen.

Die immer mehr und mehr gemeldeten Bankrotterklärungen sind zur Gewohnheit geworden, sie sind zu verstehen, wenn man bedenkt, daß immer erklärt wurde, **nur die Größten können sich am Leben halten.**

Das sehen wir nun?

Die Größten des Kapitalismus, der

Stinnes-Konzern

meldet seine Existenzunmöglichkeit an. — Es muß Sturm geläutet werden. Mit diesen Tatsachen ist nicht nur das Verhältnis eines Unternehmens, sondern die Aufdeckung der ganzen Weltkapitalistischen Zersetzung eingeleitet. Alle Wiederbelebungsversuche werden für unsinnig erklärt. **Eine der größten Stützen des Garantiepakts ist geborsten.**

Der Stinneskonzern steht mit 90 Millionen Mark ungedeckten Schulden vor der Weltwirtschaft.

Nach Mitteilungen des „Börsen-Couriers" belaufen sich die Verpflichtungen des Stinnes-Konzerns auf insgesamt **155 Millionen Reichsmark.** Davon sind **110 Millionen als kurzfristige Anleihen im Juni** oder **Juli** fällig. Nur etwa **20 Prozent der Gesamtsumme sind durch Wechsel oder Waren, weitere 20 Prozent durch verschiedene Forderungen gedeckt.**

Danach beträgt die ungedeckte Schuldenlast des Stinnes-Konzerns also 90 Millionen Mark.

Was dieser Bankrott des deutschen Groß-Konzerns für das gesamte Kapital bedeutet, sieht man an der sofort eingeleiteten Hilfsaktion.

Die deutschen Großbanken sind sofort zu dem Rettungswerk der Sanierung der Schulden übergegangen. Sie haben sich bereit erklärt, 30 Millionen Reichsmark fest auf 6 Monate gegen Verpfändung der vorhandenen Sicherheiten zu geben. Die noch ungedeckten 40 Millionen haben ein Konsortium unter der Führung der Darmstädter- und Nationalbank übernommen.

Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns, der aus dem Verkauf der Siemens-Anteile und der Aktien der Handelsgesellschaft, aus der Liquidierung des Stinnesprivatkonzerns und der neuen Verpfändung der Sicherheiten hervorgeht, und ebenso sein Ursprung, die akute Weltkrise, wird dadurch nicht aus der Welt geschaffen.

Die Mauern des Tempels der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind geborsten. **Der Fall Stinnes steht nicht allein da.** Die **Reiherstiegwerft** in Hamburg, eine der größten, die dem **Phönix-Konzern** angehörte, einem **mächtigen Montan-Konzern neben Stinnes, wird stillgelegt. 12 000 Arbeiter** liegen auf der Straße. Tagtäglich werden neue Stillegungen im Ruhrgebiet gemeldet.

Die **Epoche der Auswanderung** von der schon vor Jahren die Rede war, hat begonnen. Die Arbeitslosenheere wachsen stündlich ins unermeßliche.

Wohin soll die Auswanderung vor sich gehen?

Oesterreich hat den Anfang machen wollen **10 000 der sehner arbeitslosen Lohnsklaven ins Ausland zu verkaufen, sie als billige Ware zu exportieren.**

Deutschland, dessen Produktionsapparat täglich neue Einschränkung aufweist, soll 10 000 davon bekommen. **Wohin sollen sie in Deutschland eingereiht werden?** Die Frage bleibt offen. **Italien exportiert seine Proletarier nach England und England weist sie zurück,** — es hat selbst genügend Arbeitslose und die Wirtschaftskrise wirft täglich neue auf die Straße.

All den Millionen Auswanderern, die man auf 20 Millionen geschätzt hat, bleibt nichts anderes übrig, als sich der Vernichtung, dem Hungertode preiszugeben.

Diesem Prozeß der Vernichtung, den die Gewerkschaften und die parlamentarischen Parteien durch ihre Kapitals- und Staatserhaltende Stellung gefördert haben, kann die Arbeiterklasse nicht entgehen.

Das Proletariat kann sie auch nicht mit den Parolen der KPD., wie sie am 12. Juni in der „Roten Fahne" auf der ersten Seite zum Ausdruck kommen, abwehren.

Sie schreibt:

„Zunächst gilt es, die ganze Macht der Arbeiterklasse einzusetzen, um die Unternehmeroffensive abzuwehren. Her mit dem Achtstundentag, hinauf mit den Löhnen, nieder mit den Zoll- und Steuerplänen! Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter."

Dieser Gang der Entwicklung kann die Arbeiterklasse nur aufhalten, wenn sie zur Offensive übergeht und mit Hilfe der Revolution die bestehende Wirtschaft und Gesellschaftsordnung zertrümmert und den Kommunismus aufrichtet.

Die Politik Rußlands

und die Konsequenzen für die III. Internationale und deren Sektionen

III. Der „Rote Frontkämpferbund".

Das Versagen der „proletarischen Hundertschaften", hauptsächlich in Sachsen, ist noch in lebhafter Erinnerung. Mag sein, oder besser gesagt, ganz sicher, haben die Proletarier, die Tag und Nacht „Gewehr bei Fuß" standen, oder auf Kommando größenwahnsinniger Spießer oder Abenteurer, Uebungen veranstalteten, oder auf „Arbeiterkongressen" die revolutionäre Dekoration markierten, nicht darüber nachgedacht, daß sie, als in Hamburg der Aufruhr in den Straßen tobte, dastanden wie Figuren von Dreck, und nicht in Aktion treten konnten; vielmehr im „Roten Sachsen" gemeinsam mit der Polizei die „Ordnung" gegenüber den hungernden Erwerbslosen aufrechterhielten. Hätten sie das, so stünde vor ihnen die Frage: Was unterscheidet den „Roten Frontkämpferbund" von den „Hundertschaften"? Welche Aufgaben hatten letztere, und welch andere hat der „Rote Frontkämpferbund"? In welchen Verhältnis steht der Rote Frontkämpferbund zur KPD. und damit zur 3. Internationale? Welche Rolle spielt der Rote Frontkämpferbund in der proletarischen Revolution?

Am besten werden all diese Fragen beantwortet mit einer kurzen Darstellung der Aufgaben des revolutionären Proletariats und seiner Partei in der Revolution und den damit verbundenen wechselnden Situationen selbst, die sich ergeben aus den Lehren, die das Proletariat aus den vorangehenden Kämpfen ziehen muß.

So richtig es ist, daß die Revolution nicht ohne heroische Selbstaufopferung des revolutionären Proletariats gelingen kann, so richtig ist es auch, daß, wenn die Voraussetzungen fehlen, die durch militärische Inzucht gezüchtete Bereitschaft von ihrem eigenen Bestand zehren, sich selbst aufzehren muß. Das revolutionäre Proletariat **muß auf allen Gebieten bereit sein, aktionsfähig sein!** Aber es darf nicht vorher den in den Massen schlummernden schöpferischen Geist abtöten und ihn auf die Bahn und in die Organisation bürgerlich-militärischer Spielereien treiben, und ihn letzten Endes ertöten. Wohl ist die Revolution in gewissem Sinne eine stark militärische Angelegenheit, aber das Proletariat kann die militärischen Aufgaben in der Revolution nur erfolgreich lösen, wenn die revolutionäre Truppe auch mit dem Kopf dabei ist, wenn sie handelt aus klarer Einsicht in die Bedingungen der Revolution selbst.

Durch die vorzeitige Bildung rein militärischer Formationen, wird diese Erkenntnis untergraben. Eine lediglich militärische Formation kann wohl aufgezogen werden, ein Bindeglied und der Zusammenhalt darin geschaffen werden, daß die an ihrer Wiege bezeichnete Aufgabe etwa die des Aufbaues ist. Das kann eine ganze Zeit dauern, umsomehr, wenn dazwischen allerlei Wahlen und sachliche parlamentarische Spielereien treiben, wo sie als „revolutionäre Wahlhelfer" die Phrasenkehrbesenkolonnen stellt, in Sälen militärisch aufmarschiert, und auf herumfahrenden Autos ihr „Rot Front" ertönen läßt. Aber diese Periode kann nur eine zeitlich beschränkte sein. Eine militärische Organisation kann sich nicht dauernd mit ihrem Aufbau beschäftigen. Es liegt in ihrem Charakter begründet, daß sie auf einer bestimmten